

# **Eine Chronologie**

## **zur Geschichte der „Zigeuner“ in Deutschland und Köln.**

von Klaus Jünschke

### Inhalt

Einleitung S.1

a) Geschichte der Roma und Sinti im deutschsprachigen Raum S.2

b) Geschichte der Roma und Sinti in Köln S.22

c) Literatur S.51

d) Archivalien S.57

e) Internet-Quellen S. 57

### **Einleitung**

Die Herkunft des Wortes „Zigeuner“ ist nicht genau geklärt. Laut Brockhaus ist es über das Ungarische aus dem älteren Bulgarischen *acigane* entlehnt, das wieder auf das Byzantinische *atsinganoi* zurückgeht und zunächst eine kleine westasiatische Sekte der ‚Unberührbaren‘ (grch. *tingano* ‚berühre‘) bezeichnete. Vielleicht kommt es aber auch vom persischen Wort „cinganch“ (= Musiker, Tänzer). (Gesellschaft 2002:20)

Dieser deutsche Name für ein europäisches Volk indischer Herkunft ist eine Fremdbezeichnung. Das Wort erscheint in diesem Text in Anführungszeichen - sofern es sich nicht um Zitate handelt –, weil ihn ein Teil der Sinti und Roma als herabsetzend empfindet. Außerdem bezog sich der Verwaltungsbegriff des „Zigeuners“ nicht nur auf Sinti und Roma. Zuständige Beamte bezeichneten oft auch Jenische als „Zigeuner“, gelegentlich auch Obdachlose. (Widmann 2001:7) Da es nicht nur Roma und Sinti gibt, sondern noch viele andere „Stämme“, wie Lalleri, Kaldera, Kale, gebraucht die Sinti-Allianz das Wort „Zigeuner“ als Sammelbezeichnung. Siehe auch Rüdiger Benninghaus, der auf seiner homepage „22 Gründe für den Gebrauch bzw. die Beibehaltung der Bezeichnung Zigeuner“ zur Diskussion stellt.

Da das *Romanes* bis vor wenigen Jahrzehnten nur als gesprochenes Wort existierte, gibt es keine von Roma verfassten schriftliche Zeugnisse aus der Vergangenheit. Die Geschichtsschreibung stützt sich auf zweierlei Arten von Quellen, die etwas über die Lebenssituation von Roma aussagen: erstens auf die Aufzeichnungen von Chronisten, die als Repräsentanten einer anderen Sprach- und Kulturgemeinschaft nicht frei von Vorurteilen waren und nur punktuell die Geschichte der Roma erwähnten; zweitens auf die Interpretationen der Behördenersasse, die sich mit der Regelung der „Zigeunerfrage“ befassten. Doch gerieten hier nur jene wandernden und umherziehenden Gruppen ins Blickfeld, die für die Obrigkeit ein Problem darstellten. (Mihok 2001:17)

## a) **Geschichte der Roma und Sinti im deutschsprachigen Raum**

Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts konnte anhand sprachwissenschaftlicher Untersuchungen die Herkunft der Roma und Sinti aus dem Nordwesten Indiens nachgewiesen werden. (Reemtsma 1996:13) Die Vorfahren der Roma und kulturell verwandter Gruppen haben den Nordwesten Indiens in den Jahrhunderten vor 1300 in kleinen, voneinander unabhängigen Gruppen aus unterschiedlichen Gründen verlassen. Auf ihren Wanderungen haben sie sich längere Zeit in Persien, Armenien und im Byzantinischen Reich aufgehalten. (Reemtsma 1996:16f.)

### **15. Jahrhundert**

Erste schriftliche Belege für die Einwanderung von Sinti in den deutschsprachigen Raum. (Handschuck 2002:59)

Im Hildesheimer Urkundenbuch werden ‚Tataren‘ 1407, in Soest und anderen Hansestädten 1417 und in Friesland 1420 erwähnt. (Brockhaus)

### **1423**

Schutzbrief von König Sigismund für Ladislaus und sein Volk, der die Sinti unter den Schutz des Königs stellt. (Handschuck 2002:59)

### **1448**

Der Reichstag zu Freiburg erklärt den Schutzbrief für ungültig und die ‚Zigeuner‘ für ‚vogelfrei‘. (Handschuck 2002:59)

### **1497**

Der Reichstag von Lindau erklärt die ‚Zigeuner‘ zu ‚Verrätern an den Christenlanden‘, da sie Spione der Türken seien, und verfügt ihre Ausweisung. (Holl 1994:6)

### **1770**

König Friedrich I. von Preußen erlässt ein ‚Geschärftes Edikt wegen derer Zigeuner‘. Alle festgenommenen Frauen und Männer ab dem 16. Lebensjahr seien zu hängen. (Handschuck 2002:60)

### **1773**

Erscheinungsjahr von Goethes ‚Götz von Berlichingen‘. Im fünften Akt - Götz von Berlichingen ist auf der Flucht – gibt es eine Szene, die überschrieben ist: ‚Nacht, im wilden Wald. Zigeunerlager‘. Diese Zigeunerszene darf man als Beginn der Zigeunerromantik ansehen. (Gronemeyer/Rakelmann 1988)

### **1774**

Bis 1774 wurden im Deutschen Reich 148 Edikte gegen ‚Zigeuner‘ erlassen. (Handschuck 2002:59)

‚Mit der Aufklärung trat an Stelle der Verfolgung ein Besserungs- und Erziehungsgedanke. Mittels Einweisung in Zucht- und Arbeitshäuser, oft verbunden mit dem Entzug der Kinder, sollten die ‚Zigeuner‘ zu ‚nützlichen‘ Untertanen umerzogen werden.‘(Handschuck 2002:60)

### **1783**

Die „Zigeunerforschung“ entwickelte sich als eine eigene ethnographische Disziplin.

Heinrich Moritz Gottlieb Grellmann (1783) : Die Zigeuner. Ein historischer Versuch über die Lebensart und Verfassung, Sitten und Schicksale dieses Volkes in Europa, nebst ihrem Ursprunge. Dessau, Leipzig.

Grellmann formuliert die neue, aufgeklärte Sicht des Zigeuners. Er ist nicht der Barbar, der auszurotten oder zu vertreiben ist, sonder ein zwar primitives, aber menschliches Wesen, das gebessert, erzogen und zivilisiert werden muss. „Längst würde er aufgehört haben negerartig zu seyn, wenn er aufgehört hätte, zigeunerisch zu leben.“ (Grellmann) Das Schlagwort, unter dem in den nächsten Jahrhunderten „Zigeunerpolitik“ gemacht wurde, hieß Sesshaftmachung.

(Gronemeyer/Rakelmann 1988: )

### **1813**

1813 werden in Preussen Pässe ausgegeben.

„Erst im Zusammenhang der zwischenstaatlichen Koordination der Verteilung und Zuweisung von Armen, Heimatlosen und Vagabunden werden – für viele Staaten erstmals – allgemeine, völkerrechtserhebliche Angehörigkeitskriterien entwickelt. Dies geschieht nach dem Ende der napoleonischen Ära und verstärkt in den 20er Jahren... ..Erst der Norddeutsche und gewährte ab 1867 Freizügigkeit auch für Ausländer und begrenzte die Passpflicht auf Ausnahmefälle.“ (Jungfer 1993:18)

### **1842**

Wolfgang Wippermann vertritt die These, dass die Ursachen für eine rassistisch motivierte Ausgrenzung nationaler und ethnischer Minderheiten im preußischen Abstammungsrecht von 1842 verankert sind. (Holler 2003a)

Zu dieser Zeit wurden die Gemeinden verpflichtet, für die Armen auf ihrem Gebiet zu sorgen. Diese versuchten daher die Ansiedlung von Armen zu verhindern bzw. in der Gemeinde lebende Arme, vor allem auch „Zigeuner“, loszuwerden. (Holl 1994:7)

Um nicht für sie als „Heimatgemeinde“ zuständig zu werden, verweigerten die Gemeinden auch Eheschließungen von „Zigeunern“, sodass diese nur nach „Zigeunerart“ ohne offiziellen Trauschein zusammenleben konnten. (Sparing 2000:531)

### **1844**

August Pott (1844): Die Zigeuner in Europa und Asien. Halle

Dieses Buch war die erste wissenschaftliche historische und vergleichende Studie über die Sprache der „Zigeuner“. Daher wird er als Vater der Roma Linguistik angesehen. (Hancock 1987)

### **1856**

Aufhebung der „Zigeunersklaverei“ in Rumänien. (Wippermann 2005:4)

### **1871**

Kennzeichnend für die Politik des Kaiserreichs war die Unterscheidung zwischen „inländischen“ und „ausländischen Zigeunern“. Die Reichsgründung brachte zunächst eine erhebliche Einschränkung des Aufenthalts- und Arbeitsrechts fremdstaatlicher Roma im Rahmen einer allgemeinen negativen Zuwanderungspolitik mit sich. (Holler 2003a)

Charakteristisch für die Fürsorge des bürgerlichen Staates war die Ambivalenz von Hilfe und Repression, die Dialektik von Disziplinierung und Emanzipation. Orientiert am Ideal des bürgerlichen Mannes erhob die Sozialpolitik Sesshaftigkeit, geregelte Erwerbsarbeit und eine spezifisch bürgerliche Triebkontrolle

zur gesellschaftlichen Norm. Die Unterschichtskultur und insbesondere nichtsesshafte Lebensformen waren einem erheblichen Assimilierungsdruck ausgesetzt. Dabei verband die Sozialpolitik ihre Ziele und Instrumente mit der Programmatik der modernen, auf die Verbrechensprävention ausgerichteten und eine kriminalitätsfreie Gesellschaft anstrebenden Kriminalpolitik. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts zeichnete sich jedoch das Scheitern dieses sozialpolitischen Unternehmens ab – weder Elend und Armut noch Verbrechen und Devianz konnten beseitigt werden. Eine Reaktion auf das Versagen der liberalen Sozial- und Kriminalpolitik war das Konstrukt des „geborenen Verbrechers“, mit anderen Worten: Eine Absage an das Individuum der Aufklärung, das durch Bildung und Selbstkontrolle den Weg in die Autonomie und in die Mündigkeit finden könnte. (vgl. Strasser: Verbrechermenschen) In der Folge wurden nicht sesshafte Bevölkerungsgruppen, deren Zwangsassimilation gescheitert war, immer stärker zum Objekt der Polizeitätigkeit. In den Wahrnehmungsschemata der Polizeibehörden dominierten kriminalpolitische Raster, nach welchen Fahrende allein ihrer schwer kontrollierbaren Lebensweise wegen suspekt waren. Infolge der zunehmenden Regelungsdichte und verstärkter Polizeikontrollen zeichneten sich Fahrende durch wachsende Strafregister aus, welche die fortschreitende Kriminalisierung ihrer Lebensform widerspiegelten. (Wobei es damals noch kein Bewusstsein davon gab, dass das Risiko für Fahrende, einer Gesetzwidrigkeit überführt zu werden, gerade deshalb besonders hoch war, weil sie durch diskriminierende Verbote mit sonderrechtlicher Wirkung in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt und in der Polizeipraxis als potentielle Verbrecher stigmatisiert waren). Diese Strafregister wiederum schienen die Befunde der Kriminalanthropologie zu bestätigen. Infolgedessen zogen gerade „Zigeuner“ das Interesse jener Forschungsrichtungen auf sich, die am Nachweis der biologisch bedingten Veranlagung zur Devianz laborierten. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten Fürsorge, Polizei und Strafvollzug schließlich die bevorzugten Interventionsbereiche für die zunehmend eugenisch und rassenhygienisch orientierten Humanwissenschaften.

(Unabhängige Expertenkommission 2000:24 und 29)

### **1883**

„Ausländischen Zigeunern“ wurde die Ausübung eines Wandergewerbes und damit der Aufenthalt auf dem Reichsgebiet verboten, so dass sie in der Folge jederzeit abgeschoben werden konnten. (Holler 2003a)

### **1886**

Reichskanzler Bismarck erklärt die Sesshaftmachung der „Zigeuner“ zum politischen Ziel.

(Handschuck 2002:60)

Eine preußische „Zigeunererhebung“ ergab, dass die Mehrzahl der Sinti und Roma im 19. Jahrhundert sesshaft war. (Holler 2004)

### **1888**

Wechsel von der Romani-Philologie zur umfassenden „Zigeunerforschung“.

Gründung der englischen Gesellschaft „Gypsy Lore Society“ und ihrer Zeitschrift „Journal of the Gypsy Lore Society“. (Hundsals 1978:11f.)

### **1899**

Erster deutscher polizeilicher Zentralnachrichtendienst „zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ bei der Münchner Polizeidirektion. ((Handschuck 2002:60) Man unterschied ausdrücklich zwischen „Zigeunern“ und „nach Zigeunerart umherziehenden Personen“. Während im ersten Fall vorrangig das ethnische Kriterium für eine gesonderte Registrierung ausschlaggebend war, wurden „Nicht-Zigeuner“ im zweiten Fall nach rein sozioökonomischen Kriterien eingeteilt. Das Festhalten an einer ethnischen Kategorie verweist auf die Lehren Cesare Lombrosos, der in Sinti und Roma schlicht eine „Rasse von Verbrechern“ sah. Das wirkte bis in die Zeit des Nationalsozialismus fort. (Holler 2004)

Heim Djuric erwähnt einige – zumeist an polizeilicher Repression – gescheiterte Versuche zur Gründung einer staatenübergreifenden Roma-Organisation im späten 19. Jahrhundert.

(Unabhängige Expertenkommission 2000, Fußnote 70)

### **1905**

Der Schweizer Psychiater Josef Jörger (1860 – 1933) publizierte 1905 verschiedene Arbeiten, zu jenen Familien und begründete damit einen Strang der erbtheoretisch argumentierenden „Zigeunerforschung“, der die nationalsozialistische „Zigeunerforschung“ massgeblich prägte.

(Unabhängige Expertenkommission 2000:30)

### **1906**

Der schweizerische Bundesrat erließ eine Grenzsperrung (Einreiseverbot) gegenüber „Zigeunern“ und verbot deren Beförderung mit der Bahn und mit Dampfschiffen.

### **1911**

Das Ziel Bayerns, auf der „Zigeunerkonferenz“ von 1911 eine „Reichszigeunerzentrale“ mit Sitz in München zu gründen, scheiterte am preußischen Widerstand. (Holler 2004)

### **1913**

Die in der Schweiz gegen „Zigeuner“ gerichteten Sonderbestimmungen von 1913 erlangten schließlich Vorbildcharakter für die spätere Praxis gegenüber „unerwünschten“ Ausländern und reihte sich seit dem Ersten Weltkrieg in den Katalog der allgemeinen fremdenpolizeilichen Maßnahmen des Bundes ein, wie sie insbesondere gegen staaten- und schriftlose Ausländer und gegen „unerwünschte“ Flüchtlinge zur Anwendung kamen.

(Unabhängige Expertenkommission 2000:33)

### **1914 - 1918**

Mit dem Ersten Weltkrieg zerfielen die sogenannten Vielvölkerstaaten. In den neuen Nationalstaaten kam es zu einer Politik der ethnischen Homogenisierung. Die Roma gehörten zu den Minderheiten, die ihr zum Opfer fielen und schon in der Zwischenkriegszeit zu Opfern von Vertreibungen wurden. (Unabhängige Expertenkommission 2000:24)

Fortan spielte sich zwischen der Ausgrenzung des Fremden, Abweichenden und Bedrohlichen auf der einen Seite und den Homogenisierungsbestrebungen des Nationalstaates auf der anderen ein enger Zusammenhang ein. Die Grenzschiessung für „Nomaden“ ist ein signifikanter Ausdruck für diese Haltung. (Unabhängige Expertenkommission 2000:27)

### **1923**

Auf Initiative von österreichischen und deutschen Polizeistellen wurde in Wien die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission (IKPK) als Forum des Informationsaustauschs und der zwischenstaatlichen Koordination gegründet.

Die Organisation nahm 1947 unter der Bezeichnung Interpol ihre Tätigkeit am neuen Hauptsitz in Paris – heute Lyon - auf. (Unabhängige Expertenkommission 2000:34f.)

### **1924**

In „Die Polizei“, Jahrgang 1924/1925 erschien ein Artikel unter dem Titel „Zigeunerbekämpfung. 25 Jahre bayrischer Zigeunernachrichtendienst“, der über den Stand der Bekämpfung berichtete: „Wenn auch vorausgesehen werden konnte, dass eine vollständige Vertreibung der Zigeuner nicht möglich sein würde, so ist in der Kontrolle des Zigeunertums System gebracht und dieses Volk dauernd sozusagen unter Druck gestellt worden.“ (Wehner 1989:700)

## 1926

„Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“ in Bayern. Personen ohne Arbeitsnachweise drohte die Einweisung in ein Arbeitshaus und das Reisen mit schulpflichtigen Kindern wurde verboten. (Handschuck 2002:60)

In der Schweiz kam es 1926 zur Gründung des „Hilfswerks für die Kinder der Landstraße“. „Vagantenfamilien“ wurden die Kinder abgenommen (bekannt wurden 619 Fälle) und in Heimen, Anstalten und Pflegefamilien untergebracht. Ziel war die „Unschädlichmachung“ und Zerstörung der nicht sesshaften Lebensweise.

(Unabhängige Expertenkommission 2000:33f.)

Im faschistischen Italien wurde am 8. August 1926 beschlossen, das Staatsterritorium von Roma und Sinti zu säubern. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 48))

## 1927

3. November 1927

Ein Erlass vom 3. November 1927 ordnete an, dass in der Zeit vom 23. – 26. November 1927 von allen „nicht sesshaften Zigeunern“ und „nach Zigeunerart umherziehenden Personen“ über sechs Jahre Fingerabdrücke zu nehmen und über das LKPA an die „Zigeunerpolizei-stelle“ bei der Polizeidirektion München zu übersenden seien. (Buhlan 2003: 537)

In Folge dieser Aktion mussten alle Sinti eine mit Fingerabdrücken versehene „Bescheinigung“, auch „Zigeunerausweis“ genannt, mit sich führen. Damit waren die „Zigeuner“ die erste Volksgruppe, für die der Personalausweiszwang eingeführt wurde.

(Aly u.a. 1988:24)

## 1930

Holland verschärft die Politik gegenüber Roma und Sinti. Die Regierung beschließt eine Reihe von ausländischen Fahrenden abzuschieben. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 57)

## 1931

In der IKPK wurde eine Bestandsaufnahme der „Zigeunerpolitik“ einzelner Staaten vorgenommen. (Unabhängige Expertenkommission 2000:35)

## 1932

Die in Rom tagende IKPK beschloss zwecks Informationsaustauschs eine internationale „Zigeunerzentrale“ in Wien zu gründen. Der durch die internationale Initiative verschärften

Unterdrückung der nicht sesshaften Lebensweise sowie der fortschreitenden Stigmatisierung von Roma und Sinti als potentiell kriminelle Bevölkerungsgruppe widersetzte sich kein einziger Delegierter. (Unabhängige Expertenkommission 2000:35)

### **1933 - 1939**

Die drei wesentlichen Elemente der NS-Zigeunerpolitik bis zum Kriegsbeginn: zunehmende Schikane, das polizeistaatliche Konzept einer biologistisch induzierten "Verbrechensprävention" und die Erklärung der Zigeuner zu einer "fremden Rasse". (Zimmermann, M. 2001)

Michael Zimmermann charakterisiert mit dem Begriff „wissenschaftlich-polizeilicher Komplex“ treffend die Kooperation zwischen der wissenschaftlichen Rassenforschung und den Polizeistellen bei der Vorbereitung einzelner Verfolgungsmaßnahmen und bei der Selektion der Opfer des Völkermordes im Dritten Reich. Die Ansätze dazu reichen ins späte 19. Jahrhundert zurück. (Unabhängige Expertenkommission 2000:23)

### **1933**

1933 fand ein internationaler Roma-Kongress in Bukarest statt.

(Unabhängige Expertenkommission 2000, Fußnote 70)

14.Juli 1933: „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Unter den Tausenden Opfern von Zwangssterilisationen befanden sich auch Sinti und Roma, denen von zuständigen Erbgesundheitsgerichten ein „angeborener Schwachsinn“ unterstellt wurde. (Holler 2002)

Trotz ihres scheinlegalen Verfahrens waren die Sterilisationen eine brutale rassenhygienische Zwangsmassnahme, die ihre Radikalisierung ab 1939 im „Euthanasieprogramm“, der Ermordung von Heimpatienten, Behinderten und unheilbar Kranken und in den grausamen Menschenexperimenten fanden, die in verschiedenen Konzentrationslagern mit dem Ziel durchgeführt wurden, ein billiges Verfahren zur Massensterilisation zu entwickeln.

(Unabhängige Expertenkommission 2000:28)

### **1935**

15. September 1935

Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“) verbot sexuelle Beziehungen zwischen „Deutschblütigen“ und „Angehörigen artfremder Rassen“. Gemäss Kommentaren zu den Nürnberger-Gesetzen wurden letzteren neben den Juden stets die „Zigeuner“ zugerechnet. (Unabhängige Expertenkommission 2000 Fußnote 56)

Die IKPK-Konferenz von 1935 in Kopenhagen bekräftigte die schon zuvor von allen Mitgliedsstaaten ausländischen Roma und Sinti gegenüber befolgte Politik, die zu diesem Zeitpunkt eine neue, fatale Bedeutung erhielt, indem sie faktisch zu einer Politik der Flüchtlingsabwehr gegenüber den im NS-Machtbereich an Leibe und Leben bedrohten Roma und Sinti wurde. (Unabhängige Expertenkommission 2000:36)

7.12. 1935

Erlass des Reichsinnenministers vom 7. Dezember 1935 „bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden die Rassezugehörigkeit hervorzuheben“.

(Medien, 04/2005, S. 17)

## 1936

Am 5. Juni 1936 gibt der Reichsinnenminister Frick den Runderlaß „Zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ heraus. Um die „Zigeuner“ aus Berlin vor der Olympiade zu vertreiben wurde der Berliner Polizeipräsident angewiesen einen „Landesfahndungstag nach Zigeunern“ durchzuführen. Am 16. Juli 1936 werden über 600 Sinti und Roma von ihren Stellplätzen vertrieben und in das Lager Marzahn gebracht. Diese „Zigeunerlager Marzahn“ wurde auf einem Gelände errichtet, das als Rieselfeld genutzt wurde. Auf einer Seite war es vom Friedhof begrenzt. Der Zwangsaufenthalt in der Nähe eines Friedhofs und an einem Ort, der als Fäkalienablageplatz benutzt wurde, verletzt die Sittengesetze der Sinti und Roma. (ARiC 2002:15)

November

Aufbau der „Rassehygienischen Forschungsstelle“ des Reichsgesundheitsamtes, dessen Leiter der Psychiater Robert Ritter wurde (Seine Habilitationsschrift von 1935 hatte die Jenischen zum Thema). Dem Kriminalbiologen Dr. Ritter waren die „Zigeuner“ Indikatoren für „Kriminalitätsinseln“ oder „Strolchennester“, in welchen er den „Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft“ vermutete. Ritter schrieb 1939 an seinen Abteilungsleiter im Reichsgesundheitsamt: „Wenn wir heute die Zigeunerfrage als Teilgebiet des Asozialenproblems und der Kriminalbiologie einem Ende entgegenführen, so ist das nur dem zu verdanken, dass wir das, was wir begonnen haben, gründlich getan haben.“ (Winter 1988:141f.)

## 1937

Gründung des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA), unter dessen Führung auch die „Zigeunerverfolgung“ auf Reichsebene koordiniert wurde. Das RKPA hatte einen eigenen kriminalbiologischen Dienst eingerichtet, der eng mit der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ beim Reichsgesundheitsamt zusammenarbeitete.

(Unabhängige Expertenkommission 2000:40)

Die Stadt Frankfurt/M. profilierte sich ab 1937 mit Vorschlägen, die später reichsweite Verfolgungspraxis wurden. Die Kommune forderte für Sinti und Roma die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, polizeiliche Erfassung, Berufsverbote und Zwangsarbeit. (Widmann 2001:17) Im August 1937 errichtete die Stadt Frankfurt eine Zwangsinternierungslager für Sinti und Roma. (Widmann 2001:16)

14. Dezember 1937

„Grundlegender Erlass über die vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“.

(Hundsatz 1978:94)

## 1938

8.12.1938

Runderlass des Reichsführers-SS und der Chef der deutschen Polizei über die „Bekämpfung der Zigeunerplage.“ (Körber 1988:175)

Im Herbst 1938 wurde die Münchner Zigeunerpolizeistelle, welche bisher reichsweit als Zentrale für die Erfassung von „Zigeunern“ fungiert hatte, nach Berlin verlegt und dem RKPA einverleibt. In den folgenden Monaten wurde sie zur „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ ausgebaut, die in der Vernichtungspolitik gegen Roma und Sinti eine analoge Bedeutung erhielt wie das Reichssicherheitshauptamt bei der Judenvernichtung.

(Unabhängige Expertenkommission 2000: 40) Zu diesem Zeitpunkt des Umzugs verfügte die Münchner „Zigeunerzentrale“ über 17.000 Akten in denen insgesamt 30.903 Sinti und Roma registriert waren. (Fings/Sparing 1995:182)

Die Nationalsozialisten erhielten nach der Übernahme der IKPK-Leitung 1938 unbeschränkten Zugriff auf die internationale Zigeunerdatei. (Unabhängige Expertenkommission 2000:36)

### **1939**

Mit dem sogenannten „Festsetzungserlass“ vom 17. Oktober 1939 verfügte das Reichssicherheitshauptamt, dass „Zigeuner und Zigeunermischlinge“ ihren Wohnort nicht mehr verlassen durften. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 43)

### **1940**

Ein geheimer Schnellbrief des Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 27.4.1940 ordnete die Umsiedlung von „Zigeunern“ aus den westlichen und nordwestlichen Gebieten des Reiches nach dem Generalgouvernement an.

(Körber 1988: 165)

### **1941**

Ritter übernimmt die Leitung des „Kriminalbiologischen Instituts“ beim Reichskriminalpolizeiamt. Dieses Institut produzierte über 23.000 erbbiologische Gutachten zur Bestimmung der „Rassezugehörigkeit“ von Roma und Sinti. Da er weiterhin Leiter der „Rassehygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle“ des Reichsgesundheitsamtes war, hatte Ritter mit beiden Ämtern in Personalunion die Schlüsselstelle der wissenschaftlichen Zigeunerverfolgung inne. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 42)

Seit Herbst 1941 bürgerte NS-Deutschland deutsche Jüdinnen und Juden ausserhalb des Reichsgebietes, später auch deutsche „Zigeuner“ kollektiv aus. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 60)

### **1942**

16. Dezember 1942: „Auschwitz-Erlass“

Himmlers sogenannter Auschwitz-Erlass ordnet die Deportation von „ZigeunerInnen“ aus ganz Europa in das Konzentrationslager Auschwitz an. „Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner und nicht deutschblütige Angehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft“ sind nach bestimmten Richtlinien zu erfassen und innerhalb weniger Wochen in das KZ Auschwitz einzuweisen. (Fings 1992:122)

### **1944**

16. Mai 1944

Der Aufstand der Sinti und Roma im KZ Auschwitz-Birkenau. (Rose 2004)

2-3. August.1944

In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 werden die in Auschwitz noch lebenden Sinti und Roma in den Gaskammern ermordet.

Die besondere Registrierung von Juden und „Zigeunern“ in der Kriminalstatistik wurde 1944 abgeschafft. Himmler ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass beide Gruppe im Reichsgebiet nicht mehr existierten. (Berbüsse 1992: Fußnote 105)

### **1945**

In Europa sind etwa 500.000 Sinti und Roma dem Nationalsozialismus zum Opfer gefallen.

Die Aufdeckung der Verbrechen gegen die Sinti und Roma löste bei der deutschen Bevölkerung keinerlei Schuldgefühle aus. Die deutschen Innenbehörden und Sicherheitsorgane betrachteten die „Zigeunerfrage“ nach wie vor unter rein kriminalpräventiven Aspekten. Die Vorurteile vom „asozialen“ und kriminellen „Landfahrer“ waren ungebrochen. (Holler 2003b)

„Im europäischen Kontext wichtig und erwähnenswert ist, dass der Rassenmord an den Sinti und Roma, der in ihrer Sprache, dem Romanes als „Porrajmos“ (das Verschlungene) bezeichnet wird, in ganz Europa bekannt war, aber nirgendwo irgendwelchen Protest hervorgerufen hat. Dieses Schweigen kann man nur als Zustimmung deuten. Alle Länder schlossen ihre Grenzen vor den fliehenden Sinti und Roma... Ohne die deutsche Schuld schmälern zu wollen, beim Völkermord an den Sinti und Roma gab es eine europäische Komplizenschaft.“ (Wippermann 2005:4)

Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik löschte nicht nur ganze Familien aus, sondern zerstörte auch die sozialen Strukturen, die Kultur und Identität von Roma und Sinti. Die meisten älteren Familienmitglieder, die in der Rechtsprechung und für die Weitergabe von Normen und Bräuchen eine zentrale Rolle spielen, überlebten die nationalsozialistische Verfolgung nicht. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 44)

## **1946**

Aktivisten der IKPK aus der Vorkriegszeit riefen das Gremium 1946 wieder ins Leben. Die Interpol knüpfte in der Haltung gegenüber Roma und Sinti an frühere Traditionen an: „Zigeuner“ wurden häufig geringfügiger Delikte wegen oder allein zur Identifikation international ausgeschrieben. Interpol-Präsident Florent Louwage hielt Hausierer, Marktfahrer, Schrotthändler und Edelmetallhändler generell für suspekt und benutzte auch weiterhin Begriffe wie „Asoziale“ und „Verbrecherfamilien“. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 64)

## **1947**

1947 brachte Ritter die anthropologischen Unterlagen des Rassehygieneinstituts zu seiner früheren Mitarbeiterin, der Anthropologin Dr. Sophie Erhardt, ins Anthropologische Institut der Universität Tübingen. Ihre „Populationsgenetische Untersuchungen an Zigeunern“, die sie auf dieser Materialbasis schrieb, förderte das DFG 1966 mit 61.680 DM.

1969 ließ Frau Ehrhardt die Anthropologische Kartei in das Anthropologische Institut der Universität Mainz schaffen, da ihr der neue Leiter des Tübinger Instituts die Weiterarbeit mit NS-Material verboten hatte. (Winter 1988:145)

## **1948**

Als Genozid definierten die Vereinten Nationen 1948 „eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

Tötung von Mitgliedern der Gruppe

Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“

(Zimmermann, M. 2001)

## 1949

Im Mai 1949 übergab Eva Justin dem Kriminalbeamten und ehemaligen Mitglied der SS Rudolf Uschold in der Zigeunerpolizeistelle München 40 Aktenordner mit den Genealogien aller erfassten Sinti und Roma, diverse Karteien, Fotos, Film und ca. 24.000 „Rassegutachten“. Die beiden „Zigeunerspezialisten“ kannten sich durch die enge frühere Zusammenarbeit des Rassehygieninstituts mit der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ in Berlin. (Winter 1988:145)

Das erste bedeutende kriminologische Lehrbuch der Nachkriegszeit erscheint:

Franz Exner: Kriminologie. Dritte verbesserte und ergänzte Auflage der Kriminalbiologie.

Die zweite, 1944 publizierte Auflage, trug noch den Titel der Erstausgabe von 1939: „Kriminalbiologie“. 1939 hatte Exner im Kapitel „Volkscharakter und Verbrechen“ noch die „Kriminalität der Juden“ auf ihr „unveränderbares Wesen“ zurückgeführt und die „häufige Verwahrlosung der Zigeunerstämme“ behauptet. Davon schweigt er jetzt. Aber nach wie vor bezieht er sich auf die rassistischen „Forschungen“ von Robert Ritter – ohne zu erwähnen, welche tödlichen Folgen dessen „erbgeschichtliche Untersuchungen“ für die Roma und Sinti hatten. (Berbüsse 1992:119)

## 1950er Jahre

Mit den Aussiedlern, die in den 50er Jahren aus Polen in die Bundesrepublik kamen, kamen auch einige Familien deutscher Roma. (Heinz 1994:195)

## 1950

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft leitete 1948 ein Ermittlungsverfahren gegen Eva Justin und Ritter auf Initiative verfolgter „Zigeuner“ ein. Es wurde 1950 mit der Begründung eingestellt, dass Ritter nicht nachzuweisen gewesen sei, dass er zur Zeit der Untersuchungen wusste, wozu seine Aufzeichnungen in Zukunft dienen werden. Ritter starb 1949

(Winter 1988:139)

## 1951

Im 1951 gegründeten Bundeskriminalamt (BKA) gelangte Paul Dickopf, vormaliger SS-Mann und Kriminalkommissar, der in den 1930er Jahren bei der Frankfurter Polizei an der Verfolgung von „Asozialen“, Sinti und Roma mitgewirkt hatte, in leitende Stellung. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 64)

In der Fachzeitschrift „Die Neue Polizei“, 1951, Nr. 4, S.62, erscheint der Beitrag „Das Zigeunerproblem“ von Rudolf Uschold, in dem er u.a. ausführt: „Wichtig ist noch der Hinweis, dass in dem vergangenen Jahrzehnt auch umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen über die nichtsesshafte und asoziale Bevölkerung Deutschlands durchgeführt wurden. Diese Forschungen, die von dem 1876 gegründeten Reichsgesundheitsamt mit größter Gründlichkeit vorgenommen wurden, haben unsere Kenntnisse über die Zusammensetzung des fahrenden Volkes und der Halbsesshaften wesentlich bereichert. Die Sichtung der Jenischen, der Zigeuner und der Zigeunermischlinge hat aufschlussreiche Ergebnisse über die verschiedenartige Herkunft und Kriminalität der genannten Gruppen gezeitigt. Die kriminalwissenschaftlichen Erkenntnisse dieser Arbeiten werden auch in Zukunft der erkennungsdienstlichen und kriminalpolizeilichen Arbeit dienlich sein.“ (Fings/Sparing 1995: 183)

Es erscheint

Gustav Radbruch / Heinrich Gwinner: „Geschichte des Verbrechens. Versuch einer historischen Kriminologie.“ Stuttgart 1951. Darin hieß es u.a.:

„Wurden die Zigeuner ursprünglich auch bemitleidet und in Schutz genommen, so blieb doch ihr wahres

Wesen nicht lange verborgen. Auf der primitiven Entwicklungsstufe der Jäger und Sammler stehen geblieben, waren sie völlig natur- und schicksalsgebunden. Die Schwierigkeit, ihre täglichen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, bestimmte im wesentlichen ihre Kriminalität. Geleitet wurden sie dabei von ererbten Instinkten, beherrscht von ihren Trieben, die lediglich durch Angst und unmittelbaren Zwang gehemmt werden.“ (Berbüsse 1992:124)

außerdem erschien

Ernst Seelig: Lehrbuch der Kriminologie. Graz.

Zu den Roma und Sinti schreibt der Kriminologe:

„Die seit 1417n nach Mitteleuropa über Ungarn eingewanderten Zigeuner (...) entlarvten sich aslbald als ein besonderer Menschenschlag, der nur zu gewissen Tätigkeiten (...)Lust und Geschick besitzt, im übrigen aber von gewohnheitsmäßigen Diebereien und Betrügereien lebt.“

(Berbüsse 1992:127)

### 1953

„Die Zigeunerpolizeistelle“ des bayrischen Landeskriminalamtes, die bis 1938 unter derselben Bezeichnung firmiert hatte, wurde in „Landfahrerzentrale“ umbenannt, und diese erhielt am 22.12.1953 mit der „Landfahrerordnung“ wieder eine Grundlage für ihre rassistische Sondererfassung. Im wesentlichen Punkten gleicht diese „Landfahrerordnung“ dem Gesetz von 1926. Auf dieser Grundlage genoss die bayrische Landfahrerzentrale seit 1953 de facto Bundeszuständigkeit. Alle Bundesländer übermittelten ihre Daten über kontrollierte Sinti und Roma fortan nach München. Der Leiter der Landfahrerzentrale“, Josef Eichberger, war im Reichssicherheitshauptamt der hauptverantwortliche Organisator von „Zigeuner“-Deportationen gewesen. (Hundsatz 1978:90; Winter 1988:146; Fings/Sparing 1995: 187)

Durch den Erlass der „Bayrischen Landfahrerordnung“ wurden die Sinti gezwungen, ein Landfahrerbuch zu führen, in dem unter anderem die Fingerabdrücke aller Familienmitglieder eingetragen waren. Sie wurden fotografiert und Details ihres Privatlebens wurde protokolliert. Erst 1970 wurde diese diskriminierende Verordnung aufgehoben. (Handschuck 2002:60)

Aus dem 31seitigen Bericht „Die Zigeunerfrage“ der Kriminalpolizei Bremen im Jahre 1953:

„Bei den in Konzentrationslagern gewesenen Zigeunern haben sich hinsichtlich ihrer Kriminalität keine Veränderungen ergeben... ..Zäh wie die Zigeuner sind, genügten auch die 12 Jahre NS-Herrschaft nicht, um sie auszuradieren.“ (Körber 1988: 165)

### 1954

Im Januar 1954 befaßte sich das Präsidium des Städtetages mit der Weigerung der Bevölkerung, an „Zigeuner“ Wohnungen zu vermieten und ihnen den Zuzug in Wohnviertel zu gestatten. Das Präsidium beriet dabei auch über die Frage, ob es sinnvoll sei, besondere „Zigeunerndörfer“ zu gründen. Der Sozialausschuss des Städtetages erörterte die Frage im Februar 1954 und kam zu dem Schluß, dass es sich nicht um ein sozial-, sondern um ein ordnungspolitisches Problem handle. Er räumte den Interessen der wohnungssuchenden Heimatvertriebenen Vorrang vor denen der deutschen „Zigeuner“ ein. So überwies die Wohlfahrtsabteilung des Städtetages im Juni das Thema an die Sicherheitsabteilung. Als Ergebnis der Beratungen empfahl die Sicherheitsabteilung den Landesverbänden des Städtetages, die Notwendigkeit eines Landfahrergesetzes nach bayrischem Vorbild zu prüfen.

(Widmann 2001:21f.)

### 1956

7. Januar. 1956

Urteil des Bundesgerichtshofes über die Mai-Deportation von 1940.

Im Urteil heißt es: „Die im April 1940 durchgeführte Umsiedlung von Zigeunern aus der Grenzzone und den angrenzenden Gebieten nach dem Generalgouvernement ist keine nationalsozialistische Gewaltmaßnahme aus Gründen der Rasse im Sinne des § 1 Bundesentschädigungsgesetz.

Ist eine von der Umsiedlung betroffene Person nach dem Auschwitz-Erlass Himmlers in der Zeit nach dem 1.3. 1943 weiter in Haft gehalten worden, so kann diese Festhaltung eine rassische Verfolgung sein.“

Damit erklärte der BGH post factum die „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ des Reichssicherheitshauptamtes zur rechtsstaatlichen Maßnahme. Kriminalität wird in diesem Urteil zum „zigeunerischen Rassemerkmal“. (Körber 1988:170 (siehe Korrektur 1963)

Ungarnaufstand: Mit den Flüchtlingen aus Ungarn kommen auch einzelne Roma nach Westeuropa. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 66)

## 1958

Für seine 1958 vom Bundesinnenministerium herausgegebenen „Untersuchungen zum Vagantenproblem“ hatte Arnold unter anderem „Sippentafeln der bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsministeriums“ benutzt. (Winter 1988:146)

## 1959

In dem gegen Eva Justin 1959 angestrebten Verfahren wegen Freiheitsberaubung im Amt mit Todesfolge trat Hermann Arnold als „Zigeunerfachmann“ und damit als gewichtiger Entlastungszeuge auf. Er führt sinngemäß aus, dass Justins Doktorarbeit über „artfremd erzeugten Zigeunerkinder“ von 1944, die deren Zwangssterilisierung forderte, zu diesem Zeitpunkt nichts mehr bewirkt habe. Aus Ritters Arbeiten habe er entnommen, dass Dr. Justin mit der Verfolgung der Zigeuner nicht das geringste zu tun gehabt habe. (Winter 1988: 139)

## Anfang 60er Jahre

Anfang der 60er Jahre wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Maly u.a. wegen Naziverbrechen an Sinti und Roma eingeleitet, das von der Kölner Staatsanwaltschaft durchgeführt wurde. Beschuldigt waren 46 ehemalige Rasseforscherinnen und Rasseforscher und ehemalige Polizeibeamte. Es kam in keinem einzigen Fall zu einer Verurteilung.

(Fings/Sparing 1995:187)

## 1962

6. April 1962

Rundschreiben des Landeskriminalamtes NRW an alle Kreispolizeibehörden betr. Einrichtung einer Landfahrerzentrale. Bis November 1962 sind bereits 2.662 „Landfahrer“ und 897 Kraftfahrzeuge „dieses Personenkreises“ erfasst. (Fings 1992:124)

Mit diskreter Unterstützung des Bundesinnenministeriums wurde 1962 eine „Dokumentationsstelle für nichtsesshafte Personen“ unter der Leitung von Herrmann Arnold gegründet. Sie war an die „Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft“ in Hamburg angegliedert. (Fings/Sparing 1995:184)

Kriminal-Obermeister Bodlée, Leiter einer Sonderkommission „Diebische Landfahrer“ in Düsseldorf, schrieb 1962 in der Polizei-Fachzeitschrift „Kriminalistik“:

„Bei der zur Beobachtung zur Verfügung stehenden Personengruppe handelte es sich um (...) Zigeunermischlinge mit Elternteilen deutschblütiger, jüdischer, aber auch kombinierter Zusammensetzung, letztlich also Mischvolk aus drei Blutstämmen, bei denen – biologisch unterstellbar – ein Konzentrat negativer Erbmasse zu verzeichnen sein dürfte (Verschlagenheit, Hinterhältigkeit,

Brutalität, Trunksucht, Selbstmordneigung usw.).“ (Gesellschaft 2002:65)

## 1963

Es erschien:

Jochimsen, Lukrezia (1963): Zigeuner heute. Untersuchung einer Außenseitergruppe in einer deutschen Mittelstadt. Stuttgart. Auf Seite 76 ihrer Studie schrieb die spätere Fernsehjournalistin Luc Jochimsen: „Die soziale Lage der untersuchten Außenseitergruppe ist zum großen Teil definiert als Resultat der Haltungen und Einstellungen der sozialen Umwelt.“

Das war ein neuer Ton in der Diskussion über „Zigeuner“. Zum ersten mal hatte eine Studie auf empirischer Grundlage den verbreiteten Klischees widersprochen. (Widmann 2001: 22f.)

In der erneuten Entscheidung vom 18.12. 1963 in dieser Frage distanzierte sich der BGH von seinem 1956 getroffenen Urteil, indem er einräumte, für die im Mai 1940 angeordnete Umsiedlung der 2.500 Zigeuner seien rassenpolitische Gründe „mitursächlich“ gewesen.

Der Beginn der Kollektivverfolgung der Sinti und Roma wurde nun auf den 8.12. 1938 festgesetzt. (Körper 1988:171)

## 1964

1964 fand in Rom ein internationaler Kongreß für „Zigeunerseelsorge“ statt. In Hildesheim trafen sich im selben Jahre soziale Fachkräfte zu einer Tagung über „Zigeuner.“ (Widmann 20012:23)

## 1965

Arnold, Herrmann (1965): Die Zigeuner. Herkunft und Leben der Stämme im deutschen Sprachgebiet. Freiburg/Br.

Arnold war Schüler von Ritter und er diente bis Ende der 70er Jahre dem Bundesgesundheitsministerium sowie kirchlichen, staatlichen und privaten Fürsorge-einrichtungen als maßgeblicher „Zigeuner-Experte“. In dem 1965 veröffentlichten Buch verarbeitete er Materialien aus dem Rassehygieneinstitut. Im Kapitel „Die Zigeunerstämme des deutschen Sprachgebiets“ sind 50% und im Kapitel „Zur Anthropologie der Zigeuner“ über zwei Drittel seiner Quellen Publikationen aus den Jahren 1933 bis 1945. (Winter 1988:136)

Auf Bundesebene sollte sich die „Katholische Zigeuner- und Nomadenseelsorge“ im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz der Sozialarbeit widmen. Neben einem „Nationalseelsorger“, dessen Amt die Bischofskonferenz mit dem Illinger Pfarrer Arnold Fortuin besetzte, beschäftigte die Organisation ab 1974 die Sozialreferentin Silvia Soback, die bis zu ihrem Tod 1991 als führende deutsche Expertin der „Zigeunerhilfe“ galt. (Widmann 2001: 23)

Jugoslawien öffnete 1965 seine Grenzen und ließ die Anwerbung von „Gastarbeitern“ zu. Unter den „Gastarbeitern“ aus Jugoslawien befanden sich auch einige Tausend, vielleicht sogar zehntausend Roma. Statistische Angaben liegen nicht vor. Neben diesen legalen „Gastarbeitern“ aus Jugoslawien wanderten Tausende Roma illegal nach Österreich und Italien ein. Die meisten dieser „Illegalen“ und ihre Nachkommen haben es bis heute nicht geschafft einen dauerhaften Aufenthaltsstatus zu erwerben. (Heinz 1997:55)

## 1967

Es erscheint:

Niggemeyer u.a. (Hrsg.)(1967): Kriminologie – Leitfaden für Kriminalbeamte. Schriftenreihe des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden

Bis 1973 gibt es drei Auflagen dieses Buches. Darin heißt es u.a.:

„Die Zigeuner haben weder einen festen Wohnsitz noch gehen sie einer geregelten Berufstätigkeit nach. Der Hang zu einem ungebundenen Wanderleben und eine ausgeprägte Arbeitsscheu gehören zu den besonderen Merkmalen des Zigeuners...

...An kriminellen Handlungen begeht sie vornehmlich: Diebstahl (Einschleichdiebstahl), Betrug (mit minderwertigen Waren), Ladendiebstahl, Wechselfallenbetrug, Wahrsagerei.“

(Feuerhelm 2005:31)

## **1968**

Prager Frühling: mit den Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei kamen auch einzelne Roma nach Westeuropa – wie beispielsweise der in der Bürgerrechtsbewegung der Roma aktive Arzt Jan Cibula. (Unabhängige Expertenkommission 2000: 66)

## **1969**

Die Beratende Versammlung des Europarates und damit Volksvertreter aus 18 westeuropä-ischen Parlamenten verabschiedeten im September 1969 Empfehlungen „zur Lage der Zigeuner in Europa“. Der Rat stellte fest, dass sich die soziale Lage der Sinti und Roma verschlechtert habe. Er empfahl eine bessere Wohnversorgung und Maßnahmen zur Schul- und Berufsbildung. Die Mitgliedstaaten sollten außerdem dafür sorgen, dass „Zigeuner“ soziale Sicherungssysteme und das Gesundheitswesen ebenso in Anspruch nehmen könnten wie andere Teil der Bevölkerung. (Widmann 2001:24)

## **1971**

8. April

Gründungskongress der Internationalen Organisation der Roma und Sinti in London. Slobodan Berberski (1919 – 1989), Schriftsteller und Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf in Jugoslawien, organisierte mit einigen Mitarbeitern aus Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Frankreich, England und Spanien diesen Kongress. Aus der Bundesrepublik war Melani Spitta anwesend. (ARiC 2002:24)

## **1973**

Im Bonner Bundesfamilienministerium konstituierte sich 1973 ein Sachverständigenkreis für „Zigeunerfragen“. Er sollte an einer Änderung des Bundessozialhilfegesetzes mitwirken. Im Jahr 1974 wurde der Paragraph 72 des Gesetzes so geändert, dass er sozialen Hilfen auf kommunaler Ebene einen weiten Spielraum eröffnete. Der Paragraph beinhaltete einen Rechtsanspruch auf Hilfe für „Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind.“ (Widmann 2001: 24f.)

## **1975**

Im Mai 1975 wertete das Ministerkomitee als zentrales Gremium des Europarates die Empfehlungen von 1969 durch eine Entschließung auf. Die Fachminister forderten die Mitgliedstaaten auf, die Empfehlungen umzusetzen, und erbat darüber Bericht. (Widmann 2001:24)

## **1976**

Vom 9. - 11. Juni 1976 fand die Studientagung „Sozialarbeit mit Zigeunern“ des Deutschen Vereins in Frankfurt statt. (Hundsatz 1978:248)

Indira Gandhi erkennt die Sinti und Roma offiziell als ein aus Indien stammendes Volk an.

(Handschock 2002:59)

## 1978

Der Sachverständigenkreis für „Zigeunerfragen“ im Bundesfamilienministerium ging Ende 1978 über in eine „Arbeitsgruppe Landfahrer“ beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Dieser „Arbeitsgruppe Landfahrer“ gehörte als „Zigeunerspezialist“ neben einem Vertreter des BKA auch ein Vertreter der Kriminalpolizei Köln an. (Fings/Sparing 1995 Fußnote 152)

Resultat eines Forschungsprojekts des Bundesfamilienministeriums:

Hundsatz, Andreas (1978): Stand der Forschung über Zigeuner und Landfahrer. Eine Literaturanalyse unter vorwiegend sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten. Stuttgart

Es erscheint:

Armand Mergen (1978): Die Kriminologie. Eine systematische Darstellung. München

Obwohl er im NS-Regime in Haft war, schreibt er in einem Kapitel mit der Überschrift „Die Rassen“ von der „Kriminalität der Zigeuner“ wie die der „Neger“, der „Nordafrikaner in Frankreich“ und die der „Juden“.

## 1979

Mit einer Kundgebung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen im Oktober 1979 und einem Hungerstreik in der Gedenkstätte Dachau im April 1980 lenkte eine jüngere Generation deutscher Sinti die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Lage der Minderheit. Außerdem wehrten sich die Sinti gegen Teile der deutschen Sozialarbeit, der sie Bevormundung vorwarf. Im Zentrum der Kritik stand dabei Silvia Sobock, die Sozialreferentin der „Katholischen Zigeuner- und Nomadenseelsorge“. Die Sinti hatten mit ihren Aktionen das Diskussionsmonopol im öffentlichen Reden über „Zigeuner“ gebrochen, das bis dahin Behörden, Politiker und „Zigeunerexperten“ innehatten. (Widmann 2001:31)

Das Dokumentations- und Kulturzentrum der Sinti und Roma wird mit Unterstützung von Bundestagspräsidentin Süssmuth und Bundespräsident Herzog in Heidelberg eröffnet.

Nachdem die Gesellschaft für bedrohte Völker in einer Presseerklärung auf Arnolds rassistische Ideologie aufmerksam gemacht hatte, erklärte der zuständige Referent Kursawe, dem Ministerium seien die Veröffentlichungen Arnolds nicht bekannt gewesen.

(Winter 1988:148)

Die Internationale Romani Union wird durch die Vereinten Nationen anerkannt. 1979 erhielt die Romani Union den konsultativen Status und wurde als internationale Nichtregierungsorganisation in die Liste D 9424 eingetragen. (ARiC 2002:24)

Etwa 50 Roma, die ursprünglich aus Jugoslawien kamen, lassen sich in Darmstadt nieder, das sie Jahre später infolge einer mehrjährigen gegen sie gerichteten Kampagne des Oberbürgermeisters wieder verlassen. (Hansen 1986:78)

## 1980

Resultat eines Forschungsprojekts des Bundesfamilienministeriums:

Freese, Christoph / Murko, Matthias / Wurzbacher, Gerhard (1980): Hilfen für Zigeuner und Landfahrer. Vorschläge zur Zielsetzung, Planung und Durchführung sozialer Hilfen für Zigeuner und Landfahrer unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten des § 72 Bundessozialhilfegesetz. Stuttgart

## 1981

Am 1. September 1981 besetzten 18 Sinti den Archivkeller der Universität Tübingen und forderten die sofortige Überführung der Akten des Rassehygieneinstituts ins Bundesarchiv, was noch am selben Abend stattfand. (Winter 1988:14/)

Es wird vermutet, dass sich ein Teil der Akten immer noch im Privatbesitz von Rassenforscherinnen und Rassenforscher sowie bei Polizeistellen befindet.

(Unabhängige Expertenkommission 2000 Fußnote 62)

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Soziale Arbeit mit Zigeunern. FrankfurtM. Eine Veröffentlichung die auch von Sinti kritisiert wurde.

## 1982

Bundeskanzler Schmidt und der Oppositionsführer Helmut Kohl anerkennen offiziell, dass an Sinti und Roma Völkermord begangen wurde.

Gründung des Zentralrats der Sinti und Roma in Heidelberg. (Handschuck 2002:61)

1982 zählte die Caritas bundesweit 15 Projekte für „Zigeuner“. (Widmann 2001:24)

Resultat eines Forschungsprojekts des Bundesfamilienministeriums:

Hundsatz, Andreas (1982): Soziale Situation der Sinti in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart

Ergebnisse: Ende der siebziger Jahre waren zwar nahezu alle deutschen Sinti sesshaft, aber 83 Prozent der Sinti, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen (jeder 4. Sinti bezog diese Hilfe), lebten in mobilen oder ehemals mobilen Unterkünften, Notunterkünften und Einfachstwohnungen. (Widmann 2001:26f.)

Bildungsdaten:

25% aller Sintikinder besuchten Sonderschulen, nur 2% weiterführende Schulen.

30 % der erwachsenen Sinti hatten die Schule nicht besucht, weitere 50% ohne Abschluss abgebrochen .  
35% der Erwachsenen waren Analphabeten.

Arbeit:

Als Gründe, warum so wenige Sinti als Arbeiter und Angestellte tätig waren, ermittelten die Untersuchungen drei Faktoren: die hohe Wertschätzung der Selbstständigkeit in der Tradition der Sinti, das Fehlen von Alternativen mangels schulischer und beruflicher Qualifikationen sowie Vorurteile der Arbeitgeber. (Widmann 2001:27)

Die Studie bestätigte den engen Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und Vorurteilen. (Widmann 2001:28)

## 1983

In den Jahren 1983/84 wurde in den meisten Bundesländern verfügt, dass der personenbezogene Hinweis „Landfahrer“ nicht mehr Verwendung finden dürfe. Gestrichen wurde auch das Merkmal „ZN“ (= „Zigeunername“), mit dem bei Sinti und roma eine Sonderkennzeichnung ihrer Namen verbunden wurde. Aber es wurde nur umetikettiert: es wurde mit dem Kürzel „HWA0“ (= „Häufig wechselnder Aufenthaltsort“) ein neuer personenbezogener Hinweis eingeführt, der zu einer neuen polizeilichen Sonderbezeichnung für Sinti und Roma geworden ist. (Feuerhelm 2005:34)

## 1984

In der Schweiz ist auf Bundesebene seit 1984 das Bundesamt für Kultur (EDI) für die Fahrenden

zuständig, zuvor lag die Kompetenz beim Bundesamt für Polizeiwesen (früher Polizeiabteilung).  
(Unabhängige Expertenkommission 2000 Fußnote 46)

Der Deutsche Städtetag schloß sich nach Beratungen mit Vertretern des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma im Februar 1984 Vorschlägen aus den Forschungsprojekten des Bundesfamilienministeriums an und empfahl den Mitgliedstädten, Sinti und Roma an der Planung von Wohnprojekten zu beteiligen und für mobile Gewerbetreibende Durchreiseplätze „auf zentral gelegenen geeigneten Plätzen“ zur Verfügung zu stellen.“

(Widmann 2001:29),

## **1985**

Wegen der Vertreibung von etwa 50 Roma, die ursprünglich aus Jugoslawien kamen sich 1979 in Darmstadt niedergelassen hatten, muss sich der Darmstädter Oberbürgermeister gerichtlich bestätigen lassen, dass der Vorwurf, er habe „das seit 1945 schlimmste Beispiel für Rassismus geboten“, gegen ihn erhoben werden darf. (Beschluss des 16. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Frankfurt vom 21.3.1985, -vgl. Frankfurter Rundschau vom 22.3.1985). Dies ist der vorläufige Höhepunkt einer mehrjährigen Kampagne des Oberbürgermeisters gegen die Roma, die Darmstadt unterdessen verlassen haben. Im Kommunalwahlkampf Hessen versucht der Darmstädter Oberbürgermeister – trotz bundesweiter Kritik an seinem Vorgehen – mit Hilfe einer Dokumentation zur Rechtfertigung seines Vorgehens Punkte zu sammeln. Punkte beim Wähler für seinen Umgang mit Roma? (Hansen 1986:78)

## **1989**

August

Roma aus NRW demonstrieren vor dem Düsseldorfer Innenministerium gegen drohende Abschiebungen. Innenminister Schnoor ordnet eine Abschiebestopp für Roma aus Jugoslawien und Rumänien an. (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 31)

Dezember

Die Landesregierung von NRW hebt den Abschiebestop auf. Eine Verfolgung der Roma sei in diesen Ländern nicht nachgewiesen. (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 31)

## **1990 – 1993**

Bürgerkrieg in Bosnien-Herzowina. Massenflucht unterschiedler Bevölkerungsgruppen.

## **1990**

6. Januar 1990

Ca. 400 Roma besetzen den Kölner Dom.

7. Januar

Weitere 400 Roma schließen sich an und beginnen am

9. Januar

den „Bettelmarsch“ durch NRW. Insgesamt beteiligen sich 1.700 Roma an dieser Aktion, darunter viele Familien mit Kindern

1. Februar

Innenminister Schnoor sagt den Roma ein Bleiberecht zu, die sich vor dem Stichtag 12.1.90 in NRW aufgehalten haben und ihre de-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen können. Der „Bettelmarsch“ wird abgebrochen.

Februar

Aufgrund einer entsprechenden Forderung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma entschließt sich der juristische Verlag C.F. Müller in Heidelberg, das 1988 in zweiter Auflage erschienene Lehrbuch „Kriminologie“ von Günther Kaiser nicht mehr auszuliefern. Die Kritik des Zentralrates: Kaiser bezeichnet in seinem Lehrbuch die ca. 60.000 deutschen Sinti und Roma als „nichtdeutsche Täter“ und rechnet sie zu den Drogenabhängigen, Landstreichern, Geistesschwachen und Alkoholikern. „Ausländische Arbeitnehmer“, so zitierte der Zentralrat Kaiser, „unterscheiden sich von den Zigeunern durch ihre zumindest partielle Integrationsbereitschaft und Arbeitswilligkeit.“ (Berbüsse 1992:117)

Frühjahr 1990

Roma-Demonstration an der Aachener Grenze mit der Forderung nach einer europäischen Lösung für die de-facto staatenlosen Roma.

Sommer 1990

Die NRW-Landesregierung führt erste Gespräche mit Makedonien über eine „Rückführung“ der Roma in ihre angebliche Heimat.

November 1990

Autobahnblockade durch Roma aus der ganzen BRD bei Weil am Rhein. Nur eine kleine Delegation wird über die Grenze gelassen. Sie fordert vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Schutz für ihr Volk. Die Petition hat keine konkreten Ergebnisse.

4. Dezember 1990

Die Regierung von NRW bricht die Bleiberechts-Diskussion ab und beschließt im Rahmen einer „Neuen Flüchtlingspolitik“ die „Rückführung“ der de-facto-staatenlosen Roma nach Jugoslawien. Das Reintegrationsprogramm für Roma aus Skopje, Makedonien wird kreiert.

(Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 31/32)

## **1991**

Frühjahr

In vielen kleineren Demonstrationen und Aktionen protestieren die Roma gegen das „Re-Integrationsprogramm“ und fordern ein Bleiberecht in Deutschland.

Sommer

Caritas Essen unterstützt das „Re-Integrationsprogramm“ vor Ort.

August

Der Unterausschuß für Minderheitenschutz der Vereinten Nationen nahm in seiner 43. Sitzung im August 1991 die Resolution 221 an, die Maßnahmen zur Garantie von Schutz und Sicherheit für Roma und Sinti empfiehlt. (Ternon 1996:132)

27. Juni

Mehrere hundert Roma besetzen den Platz neben dem Düsseldorfer Landtag. Die Aktion dauert bis Weihnachten 1991 – es war die längste Demonstration, die NRW je gesehen hat.

(Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32)

## **1992**

19. August

Die Polizei dringt in die Räume von zwei Kirchengemeinden in Münster ein und nimmt die Roma-Familien, die dort seit April Zuflucht gefunden hatten, in Abschiebehaft.

September

Deutschland schließt mit Rumänien ein sogenanntes Rücknahmeabkommen, das von den Roma-Organisationen als „Deportationsabkommen“ gewertet wird.

## 1993

Roma und Sinti werden als sechste Volksgruppe Österreichs anerkannt. (Holler 2003)

Ab Mai – Winter 1993

Mehrere hundert Roma besetzen das KZ Neuengamme und das KZ Dachau und intervenieren auf europäischer Ebene. (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32)

## 1994

Erster Europäischer Roma-Kongress in Sevilla.

In der ungarischen Stadt Pécs wird das Modellprojekt Ghandi-Gymnasiums gegründet. Die Schule ist das einzigste Roma-Gymnasium weltweit. (Kurier am Sonntag, 18.04.04)

Laut einer Umfrage des Emnid-Instituts lehnen 68 Prozent der Deutschen Roma und Sinti grundsätzlich ab und wünschen sie auch nicht als Nachbarn. (die tageszeitung, 26.3.1994)

Seit dem Rücknahmeabkommen mit Rumänien sind ca. 5000 Roma aufs NRW abgeschoben worden. (Holl 1994:5)

Einige Zitate aus einem Interview von Kurt Holl mit Rudko Kawczynski vom Roma National Congress (RNC), Hamburg:

„Solange wir in Europa in einer Situation leben, wo ein Mensch praktisch nur Menschenrechte besitzt, wenn er einen Staat hat oder ihm zugehört... ...solange werden Roma Opfer in Europa bleiben. Und solange werden wir die Flüchtlingsbewegung haben, als einzigen Schutz vor dem Henker. Die Staaten werden versuchen, uns in eine Subkultur, in die Illegalität, die Vertreibung zu stürzen, was eigentlich schon seit Jahrhunderten passiert, denn das „Herumziehen“ war ja im Prinzip nichts anderes, nur dass es damals noch keine Nationalstaaten gab, zumindest nicht in der Ausprägung, in der wir sie heute haben. Es hat sich nichts geändert, wir haben die gleiche Situation, die die Roma seit Aufhebung der Sklaverei haben (im späten 19. Jahrhundert in den damaligen Balkanstaaten). Dieses „Herumtreiben“ werden wir nicht dadurch bekämpfen, indem wir uns dieses „Rumtreiben“ zu eigen machen und daraus eine Kultur machen, wie wir es bisher gemacht haben. Die Zeiten haben sich geändert und wir müssen darauf reagieren.“ (Kawczynski 1994:47)

„Aber aus unseren Aktionen haben sich immer mehr Menschen herauskristallisiert, die sich auch in den politischen Kampf einbinden lassen und die in der Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Roma ein politisches Bewusstsein für die Probleme unseres Volkes entwickelt haben. Wir sind keine soziale Randgruppe, keine Eigenschaft, die es anzulegen gilt, sondern ein europäisches Volk, welches ohne Bürgerrechte unter der Apartheid der europäischen Staaten leidet.“

„Das bedeutet, dass alle die Marionetten und Aktenkoffer-Roma-Vertreter, die dort aufgebaut werden, letztendlich überhaupt nichts erwirken, weil sie nicht Menschenrechte einfordern und politische Grundsatzarbeit leisten, sondern die eigenen Menschen zu sozialen Eigenschaften, zu musikalischen Pausencloowns degradieren, die keine Bürgerrechte brauchen. Ein Recht, das sie auch schützt, und auch Beteiligung an allen politischen Prozessen, die sie angehen, in den Staaten, in denen sie leben, zusichert.“

„Das heißt wir brauchen ein eigenes Info-Netz, das solche Menschenrechtsverletzungen anprangert und öffentlich macht, und letztendlich auch an die europäischen Gremien heranträgt, um zu zeigen, dass dies

keine Einzelfälle sind, sondern dass es um systematische Menschenrechtsverletzungen geht. Wir werden die begonnene Zusammenarbeit mit dem Europarat, dem UNHCR und der KSZE ausbauen, damit endlich alle Beschlüsse und Resolutionen dieser Gremien in Bezug auf die Verbesserung der Lage der Roma in Europa Wort für Wort umgesetzt werden. Was wir brauchen, sind keine Keller zum Verstecken unserer Menschen, sondern eine europäische Roma-Charta, die uns einklagbare Bürgerrechte garantiert.“  
(Kwaczynski 1994: 49)

## **1998**

Das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten ist am 1. Februar 1998 in Deutschland in Kraft getreten. Das Abkommen wurde bisher von 37 staates des Europarates gezeichnet., davon haben 29 Staaten das Abkommen bereits ratifiziert. In diesem Rahmenabkommen sind völkerrechtlich verbindliche Grundsätze zum Schutz nationaler Minderheiten enthalten. Es verpflichtet erstmals die Staaten zur Maßnahmen des Schutzes und der Förderung nationaler Minderheiten und bildet damit einen wichtigen Beitrag für Frieden, Stabilität und demokratische Sicherheit. (Gesellschaft 2002:93)

## **1999**

Die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ vom 05.11.1992 trat in Deutschland 1999 in Kraft. Darin werden das Dänische, das Sorbische, das Nordfriesische, das Saterfriesische und das Romanes der deutschen Sinti und Roma als Minderheitensprachen sowie das Niederdeutsche als Regionalsprache im Sinne der Charta angesehen. In der Charta werden Ziele und Grundsätze formuliert, die für eine Anerkennung und Förderung dieser Sprachen gelten soll. (Gesellschaft 20002:85f.)

## **2001**

Auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban/Südafrika, im August 2001, gibt die Gesellschaft für bedrohte Völker eine Stellungnahme ab: „Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter brauchen wirksame Maßnahmen zu ihrem Schutz vor rassistischer Verfolgung.

(Gesellschaft 2002: 111)

## **2004**

Januar

„Die Zigeuner kommen“ heißt es. Am 20. Januar veröffentliche eder Daily Express eine Europakarte, auf der rote Pfeile abgebildet waren, die - ausgehend von osteuropäoischen EU-Beitrittsländern – auf die Insel zeigten. Zur Erklärung hieß es: „Die große Invasion. Wo die Zigeuner herkommen“. 1,6 Millionen Zigeuner saßen bereits auf gepackten Koffern, „bereit um einzufließen.“ (Waringo 2004)

Februar

Eine Roma-Siedlung in Litauen

Taboras ist seit mehr als 100 Jahren Regugium und Rastplatz Hunderter Roma-Familien vor den Toren von Vilnius. Ab 1956 wurde sie hier per Gesetz angesiedelt. Mit Beginn der neunziger Jahre entwickelte sich der Ort zur offenen Drogenszene der litauischen Hauptstadt.

(Klein 2004)

April

Die Europäische Kommission hat eine bedeutende Konferenz zur Situation der Roma in einer erweiterten

EU finanziert, an der ungefähr 140 Roma-Akteure, Regierungs- und NRO-Vertreter aus den bestehenden und den künftigen Mitgliedsstaaten sowie EU-Beamte und Vertreter anderer internationaler Organisationen teilnahmen. (Europäische Kommission 2004:1)

Mai

Seit dem 1. Mai sind zwischen 1,5 und zwei Millionen Roma neue Bürger der EU.  
(HNA Sonntagsblatt, 17.05.04)

Juni

23.6.2004

Schleuser-Paar rumänischer „Klaukinder“ steht vor Gericht.  
(Die Welt 23. Juni 2004)

27.06.2004

Mädchen nach Deutschland verkauft – für einen Mercedes

In Serbien wächst der Handel mit Kindern. Die Spuren führen bis ins Ruhrgebiet.

Kinderhandel ist in Roma-Familien weder neu noch außergewöhnlich – heißt es aus dem serbischen Polizeiministerium. Genaue Zahlen dazu gäbe es aber leider nicht. Allerdings: bisher unternimmt auch keine serbische Behörde etwas, um an genauere Zahlen heranzukommen. (Welt am Sonntag, 27.06.2004)

Dezember

Der UNO-Ausschuss zur Bekämpfung Rassischer Diskriminierung hat einen Maßnahmenkatalog zur Eindämmung der Diskriminierung von Roma verabschiedet. Darin wird den Staaten unter anderem nahe gelegt, das während des Zweiten Weltkriegs an den Roma begangene Unrecht einzugestehen und nach Möglichkeiten für eine Kompensation zu suchen. (Holl 2000 ????)

Dank des Einsatzes von Weltbankpräsident James Wolfensohn und dem aus Ungarn stammenden amerikanischen Milliardär George Soros ist im Dezember 2004 ein „Roma-Erziehungsfonds“ von bislang 42 Millionen Dollar geschaffen worden.

(FAZ 03.02.2005, S. 11)

„Wenn sich das Open Society Institute und die Weltbank heute für eine gesellschaftliche Umverteilung zugunsten der Roma stark machen, ist das ein bisschen so, als ob der Brandstifter plötzlich nach dem Feuerwehrmann ruft. Schließlich gehören beide Institutionen zu den radikalen Verfechtern neoliberaler Umstrukturierung, die die Roma als schwächste Glieder der Gesellschaft am härtesten trifft. Roma, die im Realsozialismus immerhin eine feste Arbeit und ein Auskommen hatten, sind längst zu Almosenempfängern geworden und sollen sich hierfür auch noch bedanken.

In der erfolgreichen Durchsetzung des Neoliberalismus könnte am Ende allerdings tatsächlich der Schlüssel für die Überwindung des sozialen Gefälles zwischen den Roma und der Mehrheitsbevölkerung liegen. In Rumänien hat sich der Abstand Ende der neunziger Jahre bereits verringert, stellt Dina Ringold in einer weiteren Studie fest: Die gesamte Bevölkerung wurde ärmer.“ (Xenakis 2005:5)

7.12.2004

Jedes Jahr am 7. Dezember reicht der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma eine Sammelbeschwerde in Form von Serienbriefen gegen diverse Zeitungen, Zeitschriften und Presseagenturen beim Deutschen Presserat ein. In standardisierten Anschreiben bezieht sich der Zentralrat auf einen Erlass des Reichsinnenministers vom 1935 und erhebt Vorwürfe gegen die Arbeit des Presserates. So war am 7. Dezember 1935 angeordnet worden, „bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden die Rassezugehörigkeit hervorzuheben“.

(Medien, 04/2005, S. 17)

## **2005**

### **Februar**

12. Februar 2005

Die Dekade der Roma-Integration wird in Bulgarien eröffnet.

Die Teilnehmerstaaten haben sich dazu verpflichtet, in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit die Integration der jeweiligen nationalen Roma-Minderheit voranzutreiben. (taz, 12.02.2005)

„Man kann den Antiziganismus nicht dadurch bekämpfen, dass man an den Opfern herumdoktert. Eine Roma-Dekade müsste bedeuten, die zivile Gesellschaft zu stärken, die Roma an den Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen und sich mit dem Antiziganismus der Mehrheitsgesellschaft auseinander zu setzen. Man kann auch nicht Antisemitismus bekämpfen, in dem man bessere Wohnungen für Juden baut.“

(Kwaczynski 2005:5)

### April

8.04.2005

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)

weist am Internationalen Roma-Tag auf die andauernde Diskriminierung von Roma in verschiedenen Lebensbereichen in Europa hin. (<http://eumc.eu.int>)

28.4.2005

Am 28. April 2005 nahm das Europäische Parlament eine Resolution zur Situation der Roma in Europa an. In der Resolution wurde die Diskriminierung der Roma beklagt und eine bessere ökonomische, soziale und politische Integration der Roma in der EU gefordert. Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert die Roma als europäische Minderheit anzuerkennen.

(Eumc News Letter Issue 23, june 2005, S.4)

### Mai

4. 05. 2005

Das Büro des Kommissars für Menschenrechte des Europarates legt den Bericht über die Menschenrechtssituation der Roma, Sinti und Traveller in Europa vor.

Report by Mr. Alvaro Gil-Robles, Council of Europe (CoE) Commissioner for Human Rights, on the Human Rights Situation of the Roma, Sinti and Travellers in Europe.

**2007**

Anfang 2007 soll Rumänien Mitglied der EU werden

**b) Geschichte der Roma und Sinti in Köln**

## 1908

H. Eiben (Hrsg.) (1908): Cölner Polizei-Handbuch für Beamte und Privatpersonen. Sammlung von Gesetzen, Verordnungen, Ausführungs-Anweisungen und Erkenntnissen der Höchsten Gerichte unter besonderer Berücksichtigung der für den Stadtkreis Köln gültigen Vorschriften der Königlichen und Städtischen Polizei-Verwaltung. Köln

Auf den Seiten 565 – 569 heißt es darin unter dem Titel

„Bekämpfung des Zigeunerunwesens“:

„26. 7.06 Anordnung des Herrn Justizministers betr. Behandlung von Zigeunern

### A. Ausländische Zigeuner

Ausländischen Zigeunern ist der Übertritt über die Reichsgrenze mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln zu verwehren.

Als ausländische Zigeuner sind alle Zigeuner anzusehen, welche nicht völlig zweifelsfrei nachweisen können, dass sie die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat besitzen.

2. Gleichwohl im diesseitigen Staatsgebiete betroffene ausländische Zigeuner sind festzunehmen und auszuweisen.

### B. Inländische Zigeuner:

6. Bei inländischen, d.h. solchen Zigeunern, welche nachweisbar die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate besitzen, ist anzustreben, dass sie möglichst an einem bestimmten Wohnorte sesshaft gemacht werden und nicht im Umherziehen der Bevölkerung zur Last fallen.

Um dem Umherziehen der Zigeuner entgegenzuwirken können folgende Massnahmen in Betracht kommen:

#### Vorbeugende Maßnahmen

Bei der Ausstellung von Ausweispapieren ist mit besonderer Vorsicht zu verfahren.

Für verwahrloste Zigeunerkinder ist Fürsorgeerziehung zu beantragen.

#### Unterdrückende Maßnahmen

c) Gegen alle Straftaten umherziehender Zigeuner ist mit besonderem Nachdruck einzuschreiten.

d) Während es Umherziehens sind die Zigeunerbanden dauernd polizeilich zu beobachten.

11. Die Verhältnisse, unter denen die Zigeunerkinder im allgemeinen aufwachsen, haben häufig ihre sittlich Verwahrlosung zur Folge und geben die Veranlassung, sie gemäß § 1 G.2.7.00 der Fürsorgeerziehung zu überweisen. Die schulpflichtigen Kinder entbehren vielleicht des gesetzlichen Volksschulunterrichts, die noch nicht schulpflichtigen befinden sich oft in einem Zustande körperlicher Verwahrlosung, welcher das Einschreiten des Verunmündschaftsgerichtes erheischt.“ (Eiben 1908:565-567)

Als „permanente Kriminalisierung“ bezeichnete diese Praxis Rainer Hehemann. (Widmann 2001:35)

## 1927

Seit November 1927 war ein „Zigeunerpaß“ für Sinti und Roma in Preußen gesetzlich vorgeschrieben. In Köln wurden an rund 400 Fahrende „Zigeunerpässe“ ausgegeben.

(Fings/Sparing 1991:23)

## 1929

Überlegungen zur Errichtung eines Sammelplatzes in Köln waren bereits 1929 von der städtischen Polizeiverwaltung angestellt worden. An verschiedenen Stellen des Stadtgebietes lebten zu dieser Zeit auf über einem Dutzend meist privater Stellplätze mehr als 400 „Zigeuner“. (Fings/Sparing 1991:17)

### **1933**

Die in fast allen größeren Städten von den Nationalsozialisten durchgeführten Stadt-sanierungsmaßnahmen zielten darauf ab, die als permanente Bedrohung empfundene Konzentration unterprivilegierter Schichten in den Innenstädten aufzulösen. (Fings/Sparing 1991:17)

### **1935**

Ab Mai 1935 wurden die im Kölner Stadtgebiet verstreut stehenden Wagen der Zigeuner von Polizei und Wohlfahrtsamt auf den „Schwarz-Weiß-Platz“ eingewiesen. Dieser Platz, der vom Sportplatz „Schwarz-Weiß“ seinen Namen erhielt, war an der Venloer Straße 888 zwischen Gürtelbahn, dem Sportplatz und dem Ziegeleihaus der früheren Ziegelei Stiefen.

(Fings/Sparing 1991:18f.)

### **1937**

Bis März 1937 lebten rund 500 Menschen in 65 Wohnwagen im Lager. Dichtgedrängt mussten die Sinti und Roma mit durchschnittlich acht Personen in diesen etwa neun Quadratmeter großen Wohnwagen leben.

(Fings/Sparing 1991:20f.)

In Köln wurde im Oktober 1937 ein gesondertes „Kommissariat für Zigeuner“ geschaffen, das die Aufnahme der Sinti und Roma in eine eigene Kartothek betrieb. Daneben führte auch der SS-Aufseher Schmidt vom „Schwarz-Weiß-Platz“ eine Kartei über alle Insassen des Zigeunerlagers. (Fings/Sparing 1991:23)

Aus dem Kölner Zigeunerlager wurden 1937 achtzehn Sinti und Roma in ein Konzentrationslager verschleppt. (Fings/Sparing 1991:25)

Ende 1937 erschien erstmals eine fünf bis sieben Personen starke „fliegende Arbeitsgruppe“ des „Rassehygieneinstituts“ im Kölner Lager. Vermutlich war auch Eva Justin, die engste Mitarbeiterin von Robert Ritter, dabei. (Fings/Sparing 1991:29f.)

### **1938**

Etwa 130 Familien lebten in Wohnungen im „Zigeunerghetto“. Dabei handelte es sich um einige wenige Straßen in der Altstadt und in Ehrenfeld. (Fings/Sparing 1991:28)

### **1939/40**

Von der Kriminalpolizeileitstelle Köln war die Deportation von 1000 Sinti und Roma aus dem Rheinland und dem Bereich der Kriminalpolizeileitstelle Hannover durchzuführen.

Am 16. Mai 1940 begann diese Aktion. Vom Zigeunerlager wurden die Roma und Sinti auf LKW zur Kölner Messe gefahren. Am 21. Mai 1940 wurden die Roma und Sinti in Viehwaggons getrieben. Das Kölner Lager wurde aufgelöst. (Fings/Sparing 1991:32f.)

### **1943**

Januar

Wenn Sinti oder Roma von der Kripo festgestellt worden sind, wurde der Verfolgungsapparat in Gang gesetzt. Als z.B. Anton M. im Januar 1943 in Köln festgenommen wurde, meldeten die Kölner Kriminalbeamte nach Düsseldorf, dass er noch vier Brüder hatte, die zu dieser Zeit bei der Wehrmacht waren. Die vier Brüder wurden aus der Wehrmacht ausgeschlossen und wer von ihnen nicht fliehen konnte nach Auschwitz eingewiesen. (Fings /Sparing 1993:27)

## **1944**

Januar

Zwei Roma-Kinder, die im Kinderheim Köln-Sülz untergebracht waren und deren Vater im KZ Mauthausen ermordet worden war und deren Mutter im KZ Ravensbrück gefangen gehalten wurde, wurden im Januar 1944 nach Auschwitz deportiert. Es bestünde „kein Interesse...diese Zigeunerkiner weiter in deutschblütiger Umgebung im Waisenhaus zu belassen.“ (Fings/Sparing 1993:27)

März

Das Landesjugendamt hielt es nicht für tragbar, dass eine 15jährige „Zigeunerin“ im „Jugendhaus“ der Arbeitsanstalt Brauweiler inhaftiert war und wandte sich an die Polizei, um ihre Verlegung in ein „Zigeunerlager“ zu veranlassen.. Die Kölner Kriminalpolizeistelle erwirkte die Deportation nach Auschwitz, die am 11. März 1944 stattfand. (Fings/Sparing 1994:50)

## **1945**

Von den etwa 500 Kölner Sinti und Roma überlebten etwa 100. Diese Überlebenden kamen zum „Schwarz-Weiß-Platz“ zurück, um auf andere RückkehrerInnen zu warten. (Fings/Sparing 1991:34)

## **1949**

Am 12.3.1949 stellte der „Chef der Polizei“ in Köln fest, dass der „Runderlass zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ vom 8.12.1938 „noch als geltend zu betrachten“ sei.

(Fings/Sparing 1991:35)

## **50er und 60er Jahre**

In den Jahrzehnten nach dem Krieg nahmen die Meldebehörden einer unbekannte Zahl von deutschen Roma und Sinti ihre Pässe weg. Auch in Köln gab es von 1950 – 1967 zahlreiche Fälle. Damit wurden ehemals NS-Verfolgte ausgebürgert und zu Staatenlosen gemacht.

In mehrjährigen Verfahren gelang es dem Rom e.V. für vier Familien die deutsche Staatsangehörigkeit wiederzuerlangen. (Fings / Sparing 1993:29)

## **1951**

Im August 1951 beschäftigte sich erstmals die Bauverwaltung der Stadt Köln mit dem „Schwarz-Weiß-Platz“. Die Stadtverwaltung ließ prüfen, „ob eine Rechtsgrundlage für ein Verbot des Aufenthaltes von Zigeunern innerhalb des Stadtgebietes“ bestehe. (Fings/Sparing 1991:36)

## **1958**

Im November 1958 lebten 182 Familien, davon 51 Zigeunerfamilien, auf dem Bickendorfer Platz, Venloer Str.888. Die insgesamt 650 Menschen sollten auf Veranlassung des Gesundheitsamtes mit der Begründung, es bestehe Seuchengefahr, von dort vertrieben werden. Am 21. November 1958 wurden die Zigeuner als erste geräumt. Ihre Wohnwagen wurden weit außerhalb der Stadt in Roggendorf-Thenhoven auf freiem Feld aufgestellt – ohne Straßenanschluß und Elektrizitätsversorgung. (Fings/Sparing 1991: 38;

Rakelmann 1983:455)

1958 hatte der Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) auf diesem Wohnwagenplatz mit der Betreuung der Sinti-Kindern begonnen. Die Arbeit auf diesem Platz dürfte das erste gezielte Engagement kirchlicher Sozialarbeit für Sinti in der Bundesrepublik gewesen sein. (Widmann 2001:23)

## 1962

Die Stadt stelle ausrangierte Eisenbahnwaggons als Wohnwagen auf dem Platz in Roggendorf auf. (Rakelmann 1983:455)

## 1964 - 1971

Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt von 1964 – 1971 gegen 46 am Völkermord an den Sinti und Roma beteiligten Kriminalbeamte und Wissenschaftler. (Fings/Sparing 1993:28)

## 1971

Auf einer Bewohnerversammlung beschlossen die Sinti am 14.10.1971, dass sie auf dem jetzigen Gelände bei Roggendorf bleiben wollen. (Rakelmann 1983:435)

## 1972

Mehrere Jahre hatte der SKM auf die Mängel in der „Zigeunersiedlung“ hingewiesen. Als die Waggons 1972 baufällig geworden waren, schlug die Stadt den Umzug in Obdachlosenquartiere vor. Die Sinti wehrten sich aber gegen den Umzug in Sozialwohnungen. Ihr Wunsch war näher an der Stadt Köln zu wohnen und eine Verkehrsanbindung zu haben. (Rakelmann 1983:455)

Erst nachdem Kardinal Höffner und Bundesministerin Focke sich von dem Elend der alten Unterkunft überzeugt hätten, wäre 1974 mit dem neuen Projekt begonnen worden.

(Rakelmann 1983:454)

## 1973

Der Kölner Sozialdezernent und spätere OB Burger entschied sich 1973 für einen umfassenden Sozialplan zur Lösung der Obdachlosenfrage in Köln, in den er auch die „Zigeuner“ mit einfasste. (Rakelmann 1983:455) Georgia A. Rakelmann wertete dies 1983 in ihrer Studie zur Sozialpolitik mit „Zigeunern“ so : „...die Behörde fasste von sich aus einen Plan, der modernsten sozialstaatlichen Ansprüchen entspricht und in kaum einer Kommune in der Bundesrepublik seinesgleichen findet.“(Rakelmann 1983:455) Bei aller Euphorie fügte sie jedoch hinzu: „Wie bei allen umfassenden Plänen war auch bei diesem naturgemäß nicht umgehbar, dass eine, uns sei es noch so indirekte, Lenkung der Verplanten impliziert ist“.

(Rakelmann 1983:456) Kurt Holl findet dafür im Rückblick drastische Worte:

Im Jahre 1973 wurde in der Kölner Stadtverwaltung eine „zigeunerpolitische Grundlinie“ formuliert, die unter Bezug auf den Rasseforscher Herrmann Arnold über „Andersartigkeit“, „Grenzen der Weiterentwicklung“, „uns fremdes Verhältnis zu Besitz und Eigentum“ von deutschen Sinti spekuliert. (Holl 2005:49)

Februar

Die Stadt beschließt für die Sinti eine neue Siedlung zu bauen.

Mai

Am 11.5. 1973 berichtet der Kölner Stadtanzeiger von einem Besuch des Kölner Erzbischofs Josef Kardinal Höffner auf dem Abstellplatz in Roggendorf. Der SKM betreute die 117 Einwohner sozialpädagogisch, 14 Erwachsene, 24 Jugendliche, 32 schulpflichtige Kinder und 27 Kleinkinder. Höffner verhiess den Versammelten für die Zukunft ein Leben, wie es dem allgemeinen Wohlstand

entspricht. Er forderte Spielstätten für die Kinder und Berufsplätze.

(Rakelmann 1983:434)

## **1974**

Juni

Am 26.6.74 berichtete der Stadtanzeiger über den Fortgang des Projektes.

Die CDU-Stadtverordnete Maria Müller erinnerte daran, dass die „Zigeuner“ auch Kölner seien.

(Rakelmann 1983:435)

Oktober

Beginn der Arbeiten für die Siedlung der Sinti – ein 3 Millionen DM-Projekt. (Rakelmann 1983:456)

## **1975**

Januar

Die SPD Ratsfraktion hatte sich einen Überblick über die verschiedenen „Zigeunergruppen“ in der Stadt verschafft und unterschied zwischen reisenden Sinti auf einem Platz Auf dem Ginsterberg und den „sich auf dem Wege der Sesshaftigkeit befindenden“ Sinti in Roggendorf.

März

Richtfest in der Siedlung in Roggendorf.

August

Beginn des Einzugs in die neuen Häuser.

(Rakelmann 1983:457)

September

Der Kölner Stadtanzeiger berichtete über eine der Familien der Siedlung in Roggendorf. Auf die Frage an den Familienvater nach den alten Sitten, antwortete er: „Die alten Zigeunergesetze passen nicht mehr in unsere Zeit. Wir lassen den Kindern ihren Willen. Es gibt schon Nichtzigeuner in unserer Familie.“

(Rakelmann 1983:437)

## **1976**

Ende September 1976

Die niederländische Polizei schiebt 109 Roma vom Stamm der Lovari in die Bundesrepublik ab. Die Roma stammen aus Jugoslawien und Bulgarien, haben ihre Heimat vor rund zehn Jahren verlassen und ziehen seither in Europa umher. ...Sie reisen weiter nach Köln

Im Unterschied zu dieser Auskunft von Seibert sprach ein Bericht der FAZ vom 10.12.76 davon, dass es sich bei den „Zigeunern“ um Angehörige der Caldera-Stämme handele. (Rakelmann 1983:439)

25. Oktober 1976

Bei einer Razzia der „Landfahrerplätze“ – von der Aachener Polizei angeregt – nehmen rund 200 schwerbewaffnete Beamte der Kölner Polizei und des Ausländeramtes 24 Männer der Gruppe wegen fehlender oder nicht gültiger Papiere und mehrere Frauen, denen man Diebstähle vorwirft, fest. Nach der Vorführung beim Haftrichter werden 16 Männer und eine alte Frau in Untersuchungshaft gesteckt. (Seibert 1984:14) Auf eine Initiative von Silvia Sobeck und Achim Muth von der Katholischen

Zigeunerseelsorge wurden sie am 5. November aus der Haft entlassen. Gegenüber der Presse wies Silvia Sobeck auf die Notwendigkeit hin, für fernreisende „Zigeuner“ eine Europäische Konvention zu schaffen. (Rakelmann 1983:458)

Die FAZ stellt fest, dass diese „Zigeuner“ ohne Papiere zu einem illegalen, demoralisierenden Dasein verurteilt sind, in dem sie mit Sicherheit jene Delikte begehen werden, die man ihnen bereits jetzt vorsorglich zuschreibt.

Der Düsseldorfer Innenminister erklärte, man werde den „Zigeunern keine Ausländerpässe aushändigen, man wolle keinen Präzedenzfall schaffen, der eine weitere Einwanderung Staatenloser zur Folge haben würde. Die FAZ fragt, ob zivilisierte Nationen es sich leisten können, aus Angst vor Präzedenzfällen, solches Elend einander wechselseitig zuzuschieben, als sei es ein Kehrlicht vor der Haustür. (Rakelmann 1983:440)

November

In einem Gespräch zwischen Stadt und SKM wurde im Hinblick auf die Siedlung in Roggendorf Zufriedenheit geäußert. Der SKM-Vorsitzende unterstrich den Leitgedanken der „Zigeunerbetreuung“, das Volksgut und der „Zigeuner“ und ihre Integrität zu erhalten. Der SKM betreute die 106 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung mit vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. (Rakelmann 1983:457)

Dezember

Der Sozialdezernent Körner bestätigt, dass es bei deutschen Ordnungs- und Ausländerämtern üblich ist, Missliebige so lange zu drangsaliieren, bis sie weiterziehen. (Rakelmann 1983:455)

## 1977

10. Januar 1977

In der Stadtklinik Köln bringt eine Romni ein Mädchen zur Welt. Die Behörden weigern sich, eine Geburtsurkunde auszustellen. Begründung: die Mutter, die keine Papiere besitzt, könne ihre Identität nicht nachweisen. Der Vater des Kindes wird als solcher nicht anerkannt, weil er keine Heiratsurkunde vorweisen kann. Der Standesbeamte stellt lediglich eine „Geburtsbescheinigung“ aus, die den Vermerk „gilt nur für Mutterschaftshilfe“ trägt. Erst nach massiven Protesten von Silvia Sobeck, die auch von der Presse aufgegriffen werden, stellt der Standesbeamte am 19.1.1977 eine ordnungsgemäße Abstammungsurkunde aus. (Seibert 1984:16)

2. März 1977

Nach fünfmonatigem unfreiwilligem Aufenthalt verlassen die Roma Köln. Sie sind völlig verarmt. Der lange Aufenthalt mit dem Verbot, ihr Gewerbe auszuüben, hatte die Kesselflicker und Kupferschmiede gezwungen ihre eiserne Reserve – ein bisschen Schmuck – zu verkaufen. Für die meisten von ihnen bedeuteten die Monate in Köln, wie sie sagen, die schlimmste Zeit in ihrem Leben. (Seibert 1984:17) Die Stadt Köln teilte mit, dass sie über 108.000 DM an Sozialhilfegelder für die Gruppe ausgegeben hat. (Rakelmann 1983:460)

Mai

Die Planungen zum Bau der Ginsterbergsiedlung für 16 „Zigeunerfamilien“ wurden abgeschlossen. (Rakelmann 1983:460f.)

## 1978

Im März 1978 brachen der Lehrer Kurt Holl und der Fotograf Gernot Huber in das El-De-Haus ein und fotografierten die Kellerräume, die im 3. Reich Gefängniszellen der Gestapo waren. Das von Leopold Dahmen (El-De) 1935 gebaute Haus war von 1936 bis 1945 die Kölner Gestapo-Zentrale. An den Wänden der Kellerräume waren viele Inschriften der Gefangenen erhalten. Aufgrund des internationalen Aufsehens, das die Aktion von Kurt Holl und Gernot Huber bewirkte, wurden die Kellerräume unter

Denkmalschutz gestellt. Das Gebäude sollte ein Museum zu Geschichte des Nationalsozialismus in Köln werden. Aber erst 1987 wurde dieser Beschluss auf öffentlichen Druck hin umgesetzt. (Stankowski 2003: 157f.)

Mai

Richtfest bei der Ginsterbergsiedlung.

Ein Vertreter der Stadt äußerte Befürchtungen über eine „Sogwirkung“ angesichts der Kölner Maßnahmen auf nicht aus Köln stammende „Zigeuner“ und appellierte an die anderen Städte etwas für „ihre Zigeuner“ zu tun. Der Leiter der Kölner Obdachlosenhilfe kritisierte die Weigerung von Unternehmen, „Zigeuner“ zu beschäftigen und sprach von „Reisezwang statt Reiselust“: wenn man ihnen keine Arbeit in der Stadt gibt, bliebe ihnen nur die Möglichkeit, weiter ihren Reisegewerben nachzugehen. (Rakelmann 1983:461f.)

Juni

Unter der Überschrift „Köln wird zum Mekka der Zigeuner – 42 Familien mit 267 Angehörigen wurden sesshaft gemacht“ berichtet der Kölner Stadtanzeiger am 12.6.1978 u.a. vom Leiter der Kölner Obdachlosenhilfe: „Wenn man sich nicht wirklich ernsthaft darum bemüht, diesen Menschen mehr als eine Blechbaracke zu bieten, halten sie an ihrer alten Reiselust, die eigentlich ein Reisezwang ist, fest.“ (Rakelmann 1983:451)

## 1979

Am 1.3.1979 wird die neue Siedlung am Ginsterberg offiziell ihrer Bestimmung übergeben.

Kölner Stadtanzeiger vom 20.3.1979: Mit der Einweihung der Ginsterbergsiedlung, der zweiten Siedlung innerhalb von vier Jahren, ist laut Bürgermeister Heribert Biens die „Phase der Kölner Zigeunerkonzeption“ abgeschlossen. (Rakelmann 1983:452)

## 1980

Am 26.8.1980 berichtet der Kölner Express über bettelnde Zigeunerinnen in der Innenstadt. In dem Artikel wird die Überzeugung geäußert, dass das „miese Geschäft mit dem Mitleid“ nur durch Quälerei und Prügel für die Kinder zustande käme. (Rakelmann 1983:455)

Seit 1980 ist Renate Graffmann bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2000 Synodalbeauftragte für Sinti und Roma. (KStA 24./25.1.2004, S. 34)

## 1981

Der Rat der Stadt Köln ließ 1981 auf der Rückseite des Messeturms ein dezentes Messingschild anbringen, das die ganze Ambivalenz des amtlichen Umgangs mit dem Thema „Köln im Nationalsozialismus“ dokumentiert:

„Zur Erinnerung an die Toten und als Mahnung für die Lebenden. In den Jahren 1942 bis 1944 diente das Messelager als Häftlingslager. Seit Ende 1942 war hier ein Außenkommando des Lagers Buchenwald untergebracht, das bei Sprengarbeiten, Bunkerbau und zu Bombenräumung nach Luftangriffen eingesetzt wurde. Rat der Stadt Köln 1981“.

1940 war das Messelager Deportations- und Sammelstelle von „Zigeunern“, später als Ausgangspunkt für Transporte der Juden nach Auschwitz. (Stankowski 1989: 235f.)

Bis 1981 – vielleicht auch noch länger – gab es in Köln eine Art „Fachkommissariat für Landfahrer“. Die Kölner Polizei sprach von einem Arbeitsgebiet innerhalb des 6. Kommissariats, zu dessen Aufgaben es gehörte, die Delikte von reisenden Tätern und Landfahrern zu bearbeiten. Leiter war Kriminaloberkommissar Kurt Winkelmann, „Zigeunerspezialist“ der Kölner Kripo. (Fings/Sparing 1995:193)

## 1984

1984 argumentiert der für die Wiedergutmachung der Naziverbrechen an Sinti und Roma zuständige Dezernent beim Kölner Regierungspräsidenten, dass „die Volksgruppe deutscher Sinti nach der nationalsozialistischen Rassenlehre der indogermanischen Rasse zugeordnet war und als solche nicht zu den bekämpften ‚Nichtariern‘ gehörte.“ Deshalb seien Sinti „auch nicht den gegen die übrigen Zigeuner ergriffenen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen unterworfen“ gewesen. Diese Argumentation diente der Abschmetterung von Anträgen auf Entschädigungszahlungen für die KZ-Aufenthalte – bis der Regierungspräsident diese Begründung kassiert. (vgl. Frankfurter Rundschau vom 6.3.1995)

(Hansen 1986: 78)

## 1986/87

Für die nun folgenden Jahre stelle ich die Daten zum Taschendiebstahl aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) vor. Von der Polizei und den Medien werden diese Delikte vor allem den Roma zugeordnet.

PKS Köln 1986: 1.636 Fälle Taschendiebstahl

1987: 3.070 Fälle

Als im Sommer 1986 „einige Hundert Roma auf einem Feld vor den Toren Kölns sich mit ihren schrottreifen Wohnwagen und Autos niederließen, wurden sie zunächst von Stadt und Bevölkerung weitgehend ignoriert. Offenbar nahm man an, die Roma wären mit dem Winter wieder verschwunden. Es kam aber anders. Trotz bitterer Kälte harrten sie aus, teilweise in Zelten und Bretterverschlägen: ohne Heizungen und sanitäre Installationen, in einem Slum wie in Südamerika. Sie hatten auch keine Wahl: Nach einer jahrzehntelangen Vertreibungsodyssee quer durch Europa wollten und mussten sie endlich eine Bleibe finden: für ihre Kinder, die chronisch krank und ohne Schulen aufwuchsen, für ihre Alten, die ohne Hoffnung wegstarben (durchschnittliche Lebenserwartung ca. 50 Jahre). Selbst als mit Beginn des Jahres 1987 eine rassistische Pressekampagne begann, Übergriffe der Anwohner sich mehrten und vor allem ständige Polizeirazzien die Familien verängstigten, blieben sie.“ (Das Kölner Datenaustausch Modell 1990:1, siehe Archivalien)

Versucht man, die hier entstandene Geschichte der Auseinandersetzung um die sogenannten „Klau-Kids“ von Köln zu rekonstruieren, stößt man auf Aussagen, die unterschiedlicher nicht sein könnten:

„Teilweise wurden in Köln mehr als 20 Kinder an einem einzigen Wochenende den Wachen zugeführt. Es handelte sich ausschließlich um Angehörige der Roma, deren Familien in Köln-Ossendorf und Köln-Dellbrück campieren.“

„Nach jedem Auffälligwerden, nach Anzeigenaufnahme, Telebild und Altersbestimmung wurden die Kinder dem Jugendamt der Stadt Köln überstellt... ..Freundliche Gespräche mit dem Jugendamt, etwa unter dem Motto: ‚Man müsse doch etwas für die Kinder tun‘, verliefen ohne Erfolg. Es fehle jede rechtliche Handhabe, die Kinder festzuhalten; im übrigen würden pädagogische Konzepte, die ja dann zur Anwendung kommen müssten, nicht greifen, weil diese nur auf Freiwilligkeit beruhten. Also: lieber die Kinder laufen und weiter Straftaten begehen lassen.“ (Stüllenberg 1987:626)

„Schliesslich wurden die Roma-Kinder, die wiederholte Male bei der Ausführung von Straftaten auf frischer Tat angetroffen worden waren, dem Jugendamt zugeführt und bis zur richterlichen Entscheidung (Vormundschaftsgericht) tatsächlich geschlossen untergebracht...“

...indes befinden sich noch heute Roma-Kinder in Heimen des Landesjugendamtes, die dort auch gar nicht mehr wegwollen...

...Eine Vielzahl von Haftbefehlen gegen die ‚Hintermänner‘ und Hehler haben dazu beigetragen, die Gesamtsituation zu entspannen. Jedenfalls in Köln. Und jedenfalls einstweilen. (Stüllenberg 1987:627)

## 1987

Sommer: Die in Köln gegründete Roma-Initiative erreicht durch Aktionen und Beschwerden beim Presserat ein Ende der Medienkampagne gegen die Roma. (Faltblatt Rom e.V.)

## 1988

Einrichtung einer Anlauf und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten (Sinti und Roma) der Stadt Köln. Zugeordnet dem Amt für öffentliche Ordnung.

Polizei-Razzia gegen die Roma in der Plankgasse

(Rom e.V. 1995:3)

Gründung des Rom e.V.

Sommer 1988: Besetzung der Gestapo-Zellen und Durchsetzung eines Bleiberechts für 60 Roma (Faltblatt Rom e.V.)

## 1989

Januar

Internationaler Roma-Kongress in Köln mit 600 TeilnehmerInnen. (Faltblatt Rom e.V.)

Februar

Organisation der Internationalen Roma- und Sinti-Filmtage in Köln mit 20 Spiel-, kurz und Dokumentarfilmen. (Faltblatt Rom e.V.)

Als die Roma 1989 von einem dreckaufgewühlten Platz auf einen betonierte Parkplatz umziehen konnten, „da stellt Sonja Pyro von der inzwischen in der Domstadt eingerichteten Beratungsstelle für ethnische Minderheiten fest, dass von den dort lebenden einigen hundert Menschen ganze fünf Prozent Sozialhilfe bezogen. ‚Die anderen haben drei Jahre schon auf dem Platz gelebt, da fragt man sich wovon.‘

Unter diesen Umständen wundert sie sich überhaupt nicht, dass immer wieder Roma-Kinder beim Stehlen erwischt werden. ‚Irgendwovon müssen die ja leben.‘“ (Müller-Münch 1989)

Ingrid Müller-Münch, Kölner Journalistin der Frankfurter Rundschau konnte aber auch erste Erfolge bei der Unterstützung der Roma durch ehrenamtliche Paten und die Stadt berichten:

„Und an 14 Schulen würden über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzierte Sozialarbeiter eingesetzt, die 135 Roma-Kinder fördern, von denen inzwischen 29 die Regelklassen besuchen.“ (Müller-Münch 1989)

Allerdings waren solche Erfolge nicht umsonst zu haben. So hatte der Rom e.V. 1987 aus der Beratungsstelle für ethnische Minderheiten – und damit waren ausschließlich Roma gemeint – „60 Aktenordner beschlagnahmt und dem Landesdatenschützer übergeben. Danach musste die Stelle aufgelöst werden.“ (Holl 2003:6)

Polizei-Razzia gegen die Roma am Dellbrücker Mauspfad. (Rom e.V. 1995:3)

Am 11. September 1989 werden über 800 „Zigeunerpersonenakten“ der ehemaligen Kriminalpolizeileitstelle Köln von der Kölner Polizei an das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf übergeben. Bis dahin hatte die Kölner Polizei immer wieder behauptet, es gäbe keine derartigen Akten. (Fings / Spring 1995: 193)

Ende 1989: Der Rom e.V. erzwingt die Vernichtung von illegal geführten Akten über Roma. (Faltblatt

Rom e.V.)

1990

6. Januar 1990

Ca. 400 Roma besetzen den Kölner Dom.

7. Januar

Weitere 400 Roma schließen sich an und beginnen am

9. Januar

den „Bettelmarsch“ durch NRW. Insgesamt beteiligen sich 1.700 Roma an dieser Aktion, darunter viele Familien mit Kindern. (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32)

Februar

Der Rat der Stadt Köln beschließt Bleiberecht für ca. 200 Roma. (Faltblatt Rom e.V.)

April

Razzia von 1200 Polizisten gegen die Roma des Schiffhofs (Rom e.V. 1995:3)

„Razzia im Roma-Lager mit 1200 Polizisten. Die Bosse handelten mit Kinder“ Kölner Stadtanzeiger vom 6.4.1990

„Roma-Lager: Millionen-Werte lagen in Erdhöhlen“, Express vom 6.4.1990

„Ablösesumme für Kinder hing von der Beute ab. Kriminelle Banden bildeten schon Fünfjährige aus“, Kölnische Rundschau vom 6.4. 1990

„Die Intention derartiger Berichte scheint naheliegend. Gerade die gesellschaftlich vermeintlich integrationsunfähigen Zigeunern stellen eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dar.“ (Kubink 1993:95)

Der Künstler Gunter Demig legte in einer gemeinsamen Aktion mit Kurt Holl und dem Rom e.V. eine Schriftspur – „Mai 1940 – 1000 Roma und Sinti“ – vom ehemaligen Schwarz-Weiß-Platz in Bickendorf über die Südstadt zur Deutzer Messe. ([www.stolpersteine.com/chronik.htm](http://www.stolpersteine.com/chronik.htm))

**1991**

März. In Bickendorf wird die Gedenktafel „Mai 1940 – 1000 Roma und Sinti“ enthüllt.

([www.stolpersteine.com/chronik.htm](http://www.stolpersteine.com/chronik.htm))

27. Juni

Der Rom e.V. organisierte mit dem Düsseldorfer Roma-Verein ein halbjähriges Protestzeltlager vor der Staatskanzlei. (Faltblatt Rom e.V.)

**1992**

Januar

Kölner Roma besetzen unterstützt von Prominenten das Kölner Ausländeramt. Daraufhin werden die auslaufenden Duldungen ein halbes Jahr verlängert. (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32)

Im Kölner Polizeibeirat wurde Kurt Holl bestätigt, nachdem er seit 1991 mündlich und dann schriftlich um die entsprechende Auskunft gebeten hatte, dass die „Zigeunerpersonenakten“ bis 1989 im Polizeipräsidium waren und dann dem Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf übergeben worden sind. (Fings/Sparing 1993:26)

Sommer

Nach einem halben Jahr werden die Duldungen nicht erneut verlängert. Zwei Familien flüchten sich vor der drohenden Abschiebung in das zum Kriegsgebiet gewordenen Jugoslawien mit Unterstützung des Rom e.V. in die Antoniterkirche. Die Gemeinde solidarisiert sich und gewährt insgesamt drei Familien ein mehrere Jahre dauerndes Kirchenasyl. (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32) (Faltblatt Rom e.V.)

27. Oktober

Aus Protest gegen die Inhaftierungen besetzen Roma und UnterstützerInnen das Dach des Kölner Osteuropa-Instituts. Der Protest richtet sich auch gegen eine von diesem Institut herausgegebene Studie, die für Rumänien eine Verfolgung der Roma leugnet und damit den Abschiebevertrag wissenschaftlich legitimiert. Die Studie wird daraufhin zurückgezogen.

(Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32)

## **1993**

Januar

Die in Köln lebende Romni Nidar Pampurova wird in Gegenwart ihrer Familie verhaftet und trotz zahlreicher Proteste kurz darauf abgeschoben. UnterstützerInnen bringen sie aus Makedonien zurück zu ihrer untergetauchten Familie.

März

Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ setzt ein Kopfgeld von 1000 DM für die „Ergreifung“ von Nidar Pampurova aus.

(Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 32)

## **1994**

Teilnahme einer Delegation des Rom e.V. am Internationalen Roma-Kongress in Sevilla. (Faltblatt Rom e.V.)

## **1995**

Januar

Eine Delegation des Rom e.V. nimmt in Auschwitz auf Einladung von Präsident Lech Walesa an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ teil.

Im selben Jahr hat der Rom e.V. noch eine Fahrt mit Roma zum KZ Buchenwald organisiert. (Faltblatt Rom e.V.)

13. April 1995: Razzia gegen 39 Roma-Frauen am Poller Holzweg (Rom e.V. 1995:3)

In Poll war ein totes Neugeborenes mit dunkler Haut gefunden worden und aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung startete die Polizei eine Razzia, um die Roma-Frauen gynäkologisch untersuchen zu lassen.

„Um 6 Uhr morgens umstellen ca. 150 Polizisten die vier Baracken des Asylheims im Poller Holzweg in Köln. Sie stürmen in die Flure, verschaffen sich brutal Zugang zu den Räumen und reißen die dort lebenden Roma-Familien aus dem Schlaf.“ Alle Romafrauen „im gebärfähigen Alter“ werden von ihren Familien getrennt und aus den Zimmern abgeführt.“

(Rom e.V. 1995a:1)

„Keine einzige Bevölkerungsgruppe, geschweige denn ganze Wohnblöcke in dieser Stadt würden derart kollektiv verdächtigt und überfallen, wenn es sich um vergleichbare Ermittlungen handelte.“ (Rom e.V. 1995a:2)

Der Rom e.V. veranstaltet gemeinsam mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Volkshochschule ein internationales Musikfestival mit 1.600 BesucherInnen. (Faltblatt Rom e.V.)

## 1996

Die Auswertung der PKS für 1995 zum Taschendiebstahl ergab für Köln eine Häufigkeitszahl von 724. Damit lag Köln unter den deutschen Großstädten hinter Hannover, Leipzig und Berlin auf Platz vier. (Ogrodowski ua.2003: )

Ausstellung über Geschichte, Klischee und Wirklichkeit der Romafrauen mit einer bundesweiten Tagung von Romnja und Sintezze. (Faltblatt Rom e.V.)

## 1997

01. Juli 1997 „Seit Mitte 1997 gibt es beim Polizeipräsidium Köln eine Ermittlungskommission, die sich ausschließlich mit Taschendiebstählen beschäftigt, die durch Kinder und Jugendliche einer ethnischen Minderheit begangen werden.“ (Ogrodowski ua. 2003)

Dokumentation „Verbesserung der schulischen Betreuung von Roma- und Sinti-Kindern durch die Zusammenarbeit mit Institutionen – ein Projekt. Köln-Ehrenfeld; Katholische Grundschule. 2 Teile, je 40 S.

## 1998

vom 319 in Köln ermittelten Taschendieben waren	Anteil der Nichtdeutschen in %
0- 13 Jahre 109 (= 34,2%)	95,4
14-17 Jahre 75 (= 23,5 %)	85,3
18 – 20 Jahre 43 (= 22 %)	72,7

(Polizeipräsidium Köln 1999:4 und 7)

Durch die Konzentration von Flüchtlingen in sozial schwachen Stadtteilen und durch schlechte Wohn- und Betreuungsbedingungen vermindert die Stadt Köln die Integrationschancen vieler Flüchtlinge. Zu diesem Ergebnis kommt Stefan Sandner vom Geographischen Institut in einer Untersuchung über Flüchtlinge und Asylsuchende in Köln.

(Hardt 1998:50)

## 2000

Historikertreffen in den Räumen des Rom e.V. mit Wissenschaftlern aus den USA, England, West- und Osteuropa. Thema: Verfolgung von Roma und Sinti im Nationalsozialismus.

(Faltblatt Rom e.V.)

Herausgabe der Broschüre „650 Jahre Roma-Kultur im Kosovo – und ihre Vernichtung: Das Proqram“. (Faltblatt Rom e.V.)

## 2001

2000 und 2001 Projekt „Roma-Kinderlieder“ (Faltblatt Rom e.V.)

Mai

Gründung der Roma-Musikgruppe „Romano Trajo“ im Rom e.V. die Auftritte finden bei Presse und Publikum großen Beifall. (Faltblatt Rom e.V.)

Juni

Die erste Roma-Fußballmannschaft in Köln (vermutlich sogar in ganz Deutschland), die im Deutschen Fußballbund (DFB) im Bezirk Mittelrhein/Köln, in der Kreisklasse D, Staffel 11, um Meisterschaftspunkte kämpft. (Faltblatt Rom e.V.)

Dezember

Jugendlicher beging bereits 336 Straftaten. Bereits seit 1993 treibt Rasim sein Unwesen in Köln. Seine Schwester beging bis zu 270 Straftaten. Rasims jüngere Schwester und der jüngste Sohn der Familie haben bereit 70 Taschendiebstähle begangen, sagt die Polizei.

1997 war ein Sammelverfahren gegen die Familie eingeleitet worden. Darauf verschwand sie mit den Kindern. Im August 2000 wiederholte sich das. Die Polizei ist machtlos. Ihr bleibt nichts als mehr Personal auf die Taschendiebe anzusetzen. 35 Beamte umfasst die „EK Tasna“ inzwischen. (KSta 15.12.2001)

**2002**

Internationale Pressekonferenz zu Riefenstahls „Tiefland“ – Film. Klage gegen Leni Riefenstahl. (Faltblatt Rom e.V.)

Juli

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt, dass geeignete Erziehungshilfeangebote für nicht strafmündige Kinder und Jugendliche auf der Basis der bisherigen am Einzelfall ausgerichteten Hilfen angeboten und weiterentwickelt werden müssen. Die Verwaltung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung der „Leitsätze des Landesjugendhilfeausschusses“ sowie des 3-jährigen Modellversuchs von Prof. Schraper – Universität Koblenz – in Köln und in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt ein geeignetes Konzept zu erarbeiten. (rathaus ratlos Nr. 157, 11/03, S.5)

August

22. August 2002 Beginn der Express-Serie „Die Klau-Kids von Köln“ mit Fahndungsfotos des BKA

November

Im Landschaftsverband wurde ein Arbeitskreis „Klaukinder“ gegründet. Den Roma-Kindern, so Schnapka, mangle es an Unrechtsbewusstsein, das sie in „einer anderen Norm- und Wertewelt“ aufgewachsen seien.

In einer Antwort auf eine Anfrage der Kölner PDS-Ratsgruppe spricht die Polizei von derzeit etwa 75 minderjährigen Intensivtätern, die „fast ausschließlich aus dem ehemaligen Jugoslawien“ stammen.

Ein von den Grünen eingebrachter Antrag, die Umsetzung des (Frankfurter) Schaworalle-Projekts in Köln zu überprüfen, steht heute im Rat zur Abstimmung. Er wird von der PDS unterstützt.

(taz-Köln, 14.11.2002, S.4)

Mit dem aus Holland gecharterten Hotelschiff am Hafenbecken 4 will die Stadt dieses Mal Geld sparen, weil dadurch die bisherige sehr teure Unterbringung in einigen Lagern beendet werden kann. So kostete die monatliche Unterbringung in den eigens dafür gekauften Containern wie im Kalker Lager 800 Euro pro Flüchtling, auf dem gemieteten Wohnschiff beträgt sie dagegen nur 200 Euro. (Lücke 2002)

10.Dezember 2002

AktivistInnen von kein-mensch-ist-illegal versuchen das Anlegen des Containerschiffes „Transit“ im Deutzer Hafen zu verhindern, in dem sie sich an der Kai-Mauer abseilen.

Kurz nach dieser Aktion kommen die ersten Familien – vorwiegend Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien – auf das Schiff.

## 2003

2003 Anzeigen Taschendiebstahl: 12.265

vom 504 in Köln ermittelten Taschendieben waren	Nichtdeutsche
0- 13 Jahre 150 (= 27,6 %)	145
14-17 Jahre 142 (= 26,1 %)	127
18 – 20 Jahre 66 (= 12,1 %)	57

(Polizeipräsidium Köln 2004:10)

Von den festgestellten 481 nicht-deutschen Tatverdächtigen waren aus

Türkei	10	Irak	1
Jugoslawien	204	Griechenland	1
Italien	6	Tunesien	1
Polen	7	Rumänien	9
Bosnien-Herzg.	159	Kroatien	2
Iran	3	Algerien	10
Marokko	2	Niederlande	4

Die Aufklärungsquote bei Taschendiebstahl liegt in Köln bei 8,5%, gefolgt von Hannover mit 7,8 %, Stuttgart mit 6,1 %, Dortmund mit 6 %, Duisburg mit 5,8%, Bremen mit 5,3%, Düsseldorf mit 5%, Frankfurt/M. mit 3,5%, München mit 2,9%, Hamburg mit 2,4%, Berlin 2,3%

Januar

Razzia im Übergangwohnheim Bickendorf mit etwa 40 – 50 Beamten. EG-Wohnung.

Seitdem die Einbruchskriminalität in Köln zentral bekämpft wird, meldet die Polizei erste Erfolge. Die Fallzahlen in Köln von 900 im Januar 2002 sind auf etwas als mehr als 600 im ersten Monat diesen Jahres zurückgegangen. EG-Leiter Manfred Reul ist überzeugt, dass durch die Arbeit der Soko andere Städte Köln vom bundesweiten Spitzenplatz in der Einbruchstatistik verdrängen werden. Zu den Serientätern gehören insbesondere Junkies, osteuropäische Einbrechergruppen sowie Großfamilien aus dem ehemaligen Jugoslawien. „Mehr als die Hälfte der bisher festgenommenen Tatverdächtigen kommt aus den Übergangsheimen“, erläutert Reul. (KStA vom 29.1.2003, S.9)

Februar

Im Februar 2003 lebten im Übergangwohnheim in Köln-Merkenich 82 Roma. Davon sind 23 Kleinkinder, 17 sind zwischen 3 und 6 Jahren, 18 Kinder 7 bis 12 Jahre alt. Viele von ihnen fallen durch Eigentumsdelikte, meist Trickdiebstahl auf. Gemessen an westlichen Standards wirkt die Lebenssituation

der Kinder wie ein klassischer psychosozialer Verwahrlosungszustand. (rathaus ratlos 12/03, S. 8)

4.2.2003

Koalitionsvertrag CDU und Grüne. Darin heißt es „CDU und Grüne sind sich über eine Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik in Köln einig“.

März 2003

In der Monatszeitschrift des Bundes der Kriminalbeamten „der kriminalist“, 35. Jg. Heft 2 Februar 2003 scheint der Beitrag „Bekämpfung des Taschendiebstahls in Köln“ von Jürgen Ogradowski, Ralf Hausin und Peter Brunke. Auf dem Titel der Zeitschrift sind fünf weibliche Roma-Jugendliche (mit Balken über den Augen) abgebildet.

Seit März 2003 bietet der Verein Brücke Köln e.V. für zu Sozialstunden verurteilten Roma-Mädchen einen Alfabetisierungskurs an. 2 Stunden in der Woche.

April

Die Sonderkommission gegen Wohnungseinbrüche meldet zwei Festnahmen bei einer Razzia in einem Übergangsheim für Flüchtlinge in Merkenich. (KStA 4.4.03)

Mai

7.5.2003

Fast eine ganze Seite in Kölner Stadtanzeiger:

„Köln soll für Täter ungemütlich werden. Polizei-Sonderkommission gegen Wohnungseinbrecher hat mit gezieltem Einsatz die Aufklärungsquote verdoppelt.“

Sobald die Verdächtigen aus den etwa 40 als problematisch eingestuften Familien wieder freikämen, tauchtens ie für ein paar Monate unter, um dann unter falschen Aliasnamen wieder in Köln um eine Duldung zu bitten. (KStA 7.5.2003)

8.5.2003

„Junge Serriendiebe kamen in Untersuchungshaft“

Bei der Bekämpfung des Taschendiebstahls hat die Kripo einen Erfolg erzielt. Zwei 15-jährige Intensivtäterinnen kamen in Untersuchungshaft. (Kölnische Rundschau 8.5.2003)

13.5.2003

Besuch einer Delegation des Kölner Runden Tisches für Integration auf dem Flüchtlingsschiff „Transit“

An diesem Tag befanden sich 191 Personen auf dem Schiff, darunter 90 Minderjährige (45 bis fünf Jahre, 45 schulpflichtige Kinder, 1 Jugendlicher). Die 191 Personen gliedern sich in 37 Familien, 11 alleinstehende Frauen und 19 alleinstehende Männer.

Bei den Bewohnern handelt es sich größtenteils um Roma aus dem ehem. Jugoslawien: 80 Personen aus er BRJ bzw. Serbien-Montenegro, 84 Personen aus Bosnien, 13 aus Mazedonien, 5 aus dem Iran, 3 „aus Frankreich“, und jeweils einer aus Algerien, Indien, Kroatien.

Verpflegung erfolgt durch das Eduardus-Krankenhaus.

Kein Kind besucht die Schule.

Die Sozialarbeiterin der Betreiberfirma organisiert ein „niedrigschwelliges“ Angebot vorwiegend als Anlaufstation für Anfragen, Beschwerden oder Wünsche. (Internes Protokoll des Kölner Runden Tisches)

## Juni

14.6.2003

Die „Zukünftige Kölner Flüchtlingspolitik“ behandelt ein Antrag der schwarz-grünen Koalition für den Rat.

80 Prozent aller Taschendiebstähle und 60% der Wohnungseinbrüche gingen auf das Konto illegal eingereister „Clans“. Breite forderte: „Diese Täter und Opferproblematik muß man auch beim Namen nennen.“ (Kölnische Rundschau 14.6.2003)

17.6.2003

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Gründung eines Runden Tisches für Flüchtlingsfragen. Ihm gehören VertreterInnen von Rat und Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Polizei und freien Trägern an. (taz Köln 19.7.2004, S.1)

28.06.2003

Anwohner des Übergangwohnheims in der Salmstraße in Poll rufen zu einer Demonstration am 28.06.03 um 11 Uhr am Poller Markt auf. Und sie schreiben einen neunseitigen Brief an den Rom e.V. bzw, Günter Wallraf.

30.6.2003

„500 Poller demonstrierten gegen Flüchtlingspolitik“ (Kölnische Rundschau 30.6.2003)

## Juli

Der Rom e.V. lädt Anwohner aus der Salmstraße und Flüchtlinge aus dem Übergangsheim zu einem Gespräch in das evangelische Gemeindehaus in der Rolshover Straße 588a.

(KStA 27.6.03)

## August

14.8.2003

„Taschendiebe sollen ins Heim“

Die FDP fordert, die strafunmündigen Täter aus dem ehemaligen Jugoslawien in geschlossene Heime einzuweisen. Breite: „Die Kinder und Jugendlichen müssen aus dem Familienclan herausgeholt werden.“ (Kölnische Rundschau 14.08.2003)

15.8.2003

„Täglich 34 Taschendiebstähle. Polizeipräsident Steffenhagen fordert geschlossene Heime für junge Täter“

Breit wird dem Jugendamt einen allzu laxen Umgang mit dem Problem vor: „Hätten die Täter einen deutschen Pass, wäre den Eltern schon längst das Sorgerecht entzogen worden.“ (KStA 15.08.2003)

Rom e.V. startet das Projekt „Situation straffälliger Kinder/Jugendlicher und ihrer Familien“ mit der Romni Sabina Xhemajli

## September

11.9.2003

Das städtische Amt für öffentliche Ordnung hat mit 20 Mitarbeiterin und unterstützt von Kräften der Kölner Polizei sechs Kölner Wohnheime für illegal eingereiste Personen und Asylbewerber durchsucht.

12. September 2003

SPD und FDP im Kölner Rat stellen den Antrag „Kölns Initiative zum Abbau der Jugendkriminalität sowie zu wirksamen Maßnahmen gegenüber minderjährigen Intensivtätern“

19.09.2003

Das Flüchtlingsschiff im Deutzer Hafen ist bereits komplett geräumt. (KastA 19.9.03)

20.9.2003

Die stufenweise Beseitigung der Übergangshäuser in der Salmstraße wird von der Stadt Köln ( Stadtentwicklungsausschuss) beschlossen. ( Kölnische Rundschau 20.9.2003)

24.9. 2003

Im Rom e.V. trifft sich der AK Kinder (Protokoll?)

Oktober

2.10.2003

„Auch wir sind Kölner Kids“.

Flüchtlingskinder und Jugendliche in Köln. Lebenswirklichkeit und Zukunftsperspektiven.

Eine Veranstaltung des Caritas Therapiezentrum für Folteropfer im Dom-Forum im Rahmen der Interkulturellen Woche.

7.10.2003

Der Rat der Stadt diskutiert über die Möglichkeiten die Kriminalität zu bekämpfen.

SPD und FDP fordern die Unterbringung strafunmündiger Serientäter in geschlossene Heime, CDU, Grüne und PDS befürworten die Auffassung des Landschaftsverbandes, wonach die erzieherischen Hilfe verstärkt werden müssen. (KStA 8.10.2003)

8.10.2003

„Fahnderfrust in der Hauptstadt der Taschendiebe

Kleine Diebe greifen täglich zu“

„Ein Kampf gegen Windmühlen“, bedauert Jürgen Ogradowski, Leiter der 25 Beamte umfassenden EK Tasna.

Etwa 100 Intensivtäter machen der Polizei derzeit zu schaffen – 75 von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Die Ermittler glauben, dass gegenwärtig etwa 25 Familien ihre Kinder beinahe täglich auf Diebestour schicken.

Dass es die Familien gerade nach Köln zieht, ist für Tasna-Leiter Ogradowski kein Zufall. „Das Aufnahme-prozedere in Köln ist sehr vereinfacht. Die Flüchtlinge bekommen direkt Sozialhilfe und eine Unterkunft.“ (KStA 8.10.2003)

24.10.2003

„Einbrecher-Paradies: Der Polizeipräsident beklagt die Politik“

Polizeipräsident Klaus Steffenhagen: „Wir haben alles in unserer Macht stehende getan. Jetzt ist die

Politik gefragt, dieses Problem zu lösen.“

Die Kölner FDP fordert, dass die Stadt härter gegen die Kriminalität von illegal eingereisten vorgehen müsse, statt Beratungsangebote zu finanzieren.

OB Schramma: „Illegale müssen genauso gerecht auf die Städte verteilt werden wie Asylsuchende.“  
(Express 24.10.2003)

November

1.11.2003

Der Kölner Stadtanzeiger meldet, dass sich OB Schramma und Polizeipräsident Steffenhagen zu einem Gespräch über eine effektive Kriminalitätsbekämpfung und die Unterbringung der strafunmündigen Kinder in Heimen treffen. (KStA 1./2.11.2003)

7.11.2003

Mitglieder des Kölner Netzwerks „kein Mensch ist illegal“ haben am Freitag vorübergehend die Geschäftsstelle der FDP besetzt. Sie protestieren dagegen, dass die Partei eine inhumane Politik gegen illegal eingereiste Menschen verfolge.

13. 11. 2003

Gemeinsame Arbeitstagung des Landesjugendamtes Rheinland und der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW in Köln-Deutz: „Klau-Kinder, eine Aufgabe für die Jugendhilfe?“

!4.11.2003

„Junger Seriendieb hinter verschlossenen Heimtüren“

Auf Betreiben des Jugendamtes hatte das Familiengericht entschieden, den Jungen gegen den Willen der Eltern in die Obhut der Stadt zu übergeben. „Die Summe der verschiedenen Straftaten war entscheidend. Der Junge befindet sich unter ständiger Beobachtung“, sagt Klüs Völlmecke vom Jugendamt. In einer Gruppe mit acht anderen Kindern werde „Stanko“ betreut, erhalte Schulunterricht und könne an Freizeitangeboten teilnehmen. (KStA 14.11.03)

19.11.2003

„Kölner SPD setzt sich mit Antrag zu ‚Klaukids‘ durch“

Der SPD-Bundesparteitag hat die Bundestagsfraktion einstimmig damit beauftragt, eine dezentrale Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer auf die Bundesländer gesetzlich zu regeln. (KStA 19.11.03)

„Kleine Diebe sollen nach Brandenburg“

Polizeipräsident bezeichnet Modell der „verbindlichen Unterbringung“ als sehr erfolgreich

Klaus Steffenhagen schlägt vor, für so genannte „Klau Kids“ ein Heim in der Eifel zu bauen. Vorbild ist ein Modell in Brandenburg.

Gemeinsam hatte Steffenhagen gestern mit dem städtischen Jugenddezernenten Franz-Jose Schulte ein Heim in der Uckermark nahe Petershagen besucht.

Kommentar von Axel Spilcker: „Wer wollte Köln Polizeipräsident Klaus Steffenhagen widersprechen, wenn dieser für Flüchtlingskinder aus Ex-Jugoslawien, die oft genug von ihren Eltern zu Taschendiebstählen animiert werden, ein Perspektive schaffen möchte.“

(KStA 19.11.2003)

21.11.2003

## „Junge Diebe in Erziehungsheime“

Für strafunmündige Serientäter, die noch keine 14 Jahre alt sind, soll in Köln im Rahmen eines Modellprojektes ein geschlossenes Heim geschaffen werden. Das hat der Rat gestern mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP beschlossen. (KStA 21.11.2003)

25. 11. 2003

TV-Sendung „Klau-Kinder in Köln“ von Oliver Köhler in Hier und Heute, WDR, 18.05-18.20

26.11.2003

## „Große Kampagne gegen Taschendiebstahl“

„Stop den Taschendiebstahl“ – die Aktion geht auf die Ordnungspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und der Bahn zurück. Beteiligt sind außerdem Polizei, Stadt, Bundesgrenzschutz, Kölner Verkehrsbetrieben und die Opferschutzorganisation Weißer Ring.

Allein im Hauptbahnhof wurden im vergangenen Jahr 38000 Taschendiebstähle gemeldet.

(KStA 26.11.03)

27.11.2003

## Konzept von der Stadt gefordert

Der „Runde Tisch für Integration“ fordert für strafunmündige Mehrfachtäter „Integration statt Isolation“

Es müsse Vorbeugung betrieben werden. Dazu fehle der Stadt jedes Konzept.

Der Runde Tisch forderte unter anderem eine allgemeine Schulpflicht auf für Flüchtlingskinder und eine Bleiberechtigungsprospektive für langfristig geduldete illegal Eingereiste.

Reinhart Hocker: „Geschlossene Heime verstärken Isolation und verhindern Integration“.

Claus-Ulrich Pröbß: „Der Stempel auf dem Duldungsschein „Erwerbstätigkeit verboten“ muss weg“

Sabina Xhemajli beklagt wie Roma-Kinder pauschal als verwaist dargestellt werden. „Sieben Leute leben auf 20 Quadratmetern. Das interessiert keinen, und wir werden als Experten ignoriert“. (KStA 27.11.03)

## „Täuschung zur Beruhigung“

Konrad Gilges: Die Diskussion habe sich nicht auf die Integration der Betroffenen zugespielt, sondern auf die Frage, wie die Öffentlichkeit vor den Kindern geschützt werden könne. „Im Mittelpunkt muss aber das Wohl des Kindes stehen.“

Sabina Xhemajli: „Wir brauchen Sozialarbeiter, die den gleichen sozialen Hintergrund wie die Familien haben und ihre Sprache sprechen.“

Kurt Holl forderte den Aufbau eines Schaworalle-Projekts, wie es bereits in Frankfurt existiert.

(Kölnische Rundschau 27.11.03)

## Kompromiss ohne Folgen

Seit Jahren verlangen Flüchtlingsorganisationen, die Lebensbedingungen für Migrantenfamilien zu verbessern und der Kriminalität so die Grundlage zu entziehen.

Mit dem Beschluss, die minderjährigen „Intensiv-Täter“ zukünftig in Heime zu stecken, holt man zwar die jetzigen Täter von der Straße. Den Nährboden für spätere Straftaten hat der Ratskompromiss aber nicht beseitigt. (taz 27.11.03)

Dezember

In der Ausgabe Nr. 158, 12/03 von „rathaus ratlos“, S. 8f., erscheint ein Beitrag über die Arbeit von Kindernöte e.V. mit Roma-Kindern im Flüchtlingsheim Köln Merkenich.

1.12.2003

Kriminalität

Kölscher Klau-Klüngel

Mit DNS-Tests und Heimerziehung will Köln gegen eine kleine Gruppe minderjähriger Roma vorgehen, die die Rhein-Metropole zur Hauptstadt der Taschendiebe machten.

„Wir wissen,“ sagt Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU), „dass die Kinder systematisch instrumentalisiert und gewaltsam zum kriminellen Lebenswandel gezwungen werden.“

Bei ihren Ermittlungen hört die Polizei schon mal mit, wie die Domstadt als heißer Tipp gehandelt wurde: „Fahr nach Köln, da geh es dir gut.“ Inzwischen leben rund 6500 Roma in Köln, größtenteils illegal eingereist und mit Duldungsstatus – und die Probleme wurden immer größer.

136 Intensivtäter der „ethnischen Minderheit“ zählt die Polizei derzeit, manche davon mit mehr als hundert Taten, knapp die Hälfte davon ist jünger als 14 Jahre und damit nicht einmal strafmündig. Frecht Kids in modischen Klamotten, die selten zur Schule gehen, die es auch nicht müssen. Denn in Nordrhein-Westfalen sind Kinder mit Duldungsstatus nicht schulpflichtig und können unbehelligt durch die Kölner Innenstadt stromern.“

Markus Schnapka, Leiter des rheinischen Landesjugendamtes will deshalb noch vor Weihnachten Familienrichter auf einer Tagung überzeugen, unkooperativen Eltern schneller das Sorgerecht zu entziehen. Bis zu 120 Heimpolätzen könne sein Amt kurzfristig vermitteln – eine anfrage bei allen Heimleitern in Land läuft. (Der Spiegel, 49/2003, 1.2.03, S.68f.)

16.12.2003

Behrens pfeift Polizei zurück

Kölner Polizei darf „klaukids“ laut Innenminister nicht mehr entwürdigend fotografieren. Kriminelle Kinder nach Brandenburg abzuschieben, bezeichnet ein Heimleiter dort als „populistische Aktion“ (taz Köln 16.12.2003)

17. Dezember 2003

Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.12.2003: „Um 14.16 Uhr endete am Mittwoch eine der umfangreichsten Abschiebeaktionen, die das städtische Ausländeramt in diesem Jahr veranlasst hatte... Vier Familien mit elf Erwachsenen und elf Kinder kamen aus Köln, darunter sollten sich auch vier wegen Diebstahls und Körperverletzung verurteilte Straftäter sowie zwei sogenannte „Klau-Kids“ befunden haben. Damit sind in diesem Jahr bereits 283 Personen aus Köln abgeschoben worden.

In diesem Jahr startete das Filmographie-Projekt „Roma im Film“. (Faltblatt Rom e.V.)

## **2004**

Januar

11.01.2004

Nordrhein-Westfalens Kriminalstatistik 2003 bricht alle bisherigen Rekorde

Wie schon in den letzten Jahren, so rechnet FDP-Mann Engel (der ehemalige Kriminalhauptkommissar ist innenpolitischer Sprecher der SDP-Landtagsfraktion) auch für 2003 wieder mit einer anwachsenden Quote jugendlicher und kindlicher Straftäter. Inzwischen gehen die berüchtigten Klau-kids von Köln auf Expedition in nahe Ruhr-Städte. Es handelt sich um 140 junge Täter – davon etwa 50 unter 14-, denen pro Jahr 11.500 Straftaten zugeschrieben werden. Köln will das Leben für die jungen Serientäter

erschweren. Polizeipräsident Klaus Steffenhagen und das städtische Jugenddezernat planen, Nachwuchs-Diebe in stadtfernen Einödquartieren unter strenger Aufsicht unterzubringen. Das brandenburgische Vorbild hatte Engel entdeckt. Welt am Sonntag, 11.01.2004, o.S.)

15.01.2004

NRW zahlt Lehrer für Kölner Roma-Kinder.

NRW Schulministerin Ute Schäfer (SPD) bietet der Stadt Lehrerstellen zur Integration von Flüchtlingskindern an (taz Köln, 15.01.04)

19.01.2004

Ley fordert Schulpflicht für „Klaukinder“

Verärgert haben Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) und Jugenddezernent Franz-Josef Schulte auf die Lnadeszusage reagiert, zusätzliche Lehrer für die sogenannten „Klaukinder“ zu finanzieren. „Mit zusätzlichen Lehrerstellen werden die Probleme noch nicht einmal im Ansatz gelöst“, kommentierte Schramma die Ankündigung von Landesjugendministerin Ute Schäfer (SPD).

Die Stadt Köln, so Schramma, erwarte vom Land vielmehr Hilfe „bei der Reduzierung der Gesamtzahl der unerlaubt Eingereisten in Köln“ durch eine bundesweite Verteilungsregelung. Außerdem erwarte man finanzielle Unterstützung für das geplante Modellprojekt einer „besonderen Unterbringung“ und Betreuung der jugendlichen Serientäter.

20.01.2004

In letzter Minute Asylantrag gestellt. Stadt Köln bereitet Abschiebung vor

Noch in diesem Monat will die Stadt zahlreiche Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in ihre Heimat zurückschicken.

Bis zum 19. März dürfen auf Grund einer Gesetzesregelung nur straffällig gewordene Flüchtlinge ausgewiesen werden.

Im vergangenen Jahr hat die Stadt insgesamt 283 Flüchtlinge ausgewiesen.

24. 01.2004

Auf der „wir helfen“-Seite des Kölner Stadt-Anzeigers steht ein großer Bericht über die Roma-Schule des Vereins Kindernöte in der Causemannstraße in Merkenich und ein Interview mit Renate Graffmann und Kurt Holl vom Rom e.V. (KStA 23./24.01.2004, S. 34)

26.01.2004

Im Schulausschuss musste die Verwaltung auf grüne Nachfrage eingestehen, dass ihr keinerlei Zahlen vorliegen, wie viele in Köln gemeldete Kinder zurzeit nicht die Schule besuchen. (Winkin 2004:3)

28.1.2004

Henseler und Pütz aus SPD ausgetreten

Der als Ringsfest-Macher bekannt gewordene ehemalige Ratspolitiker Pütz sagte, er habe sein Parteibuch letztlich wegen der Haltung der Kölner SPD zu den strafunmündigen Taschendieben zurückgegeben. „Es kann nicht sein, dass die Sozialdemokraten Positionen vertreten, mit denen sie die CDU rechts überholen“, sagte er. (KStA 28.1.04)

Februar

In „rathaus ratlos“ Nr. 159, 02/04 erscheint der Beitrag von Angelika Winkin: Schulpflicht für alle. Auch „Klaukids“ haben ein Recht auf Bildung.

Darin heißt es:

Durch den Ausschluss dieser Kinder aus dem Bildungssystem verzichtet die Gesellschaft aber auch auf

die Möglichkeiten der Erziehung und Einflussnahme. Was machen Kinder, die in ungeeigneter Umgebung aufwachsen, die kaum ein vernünftiges Beschäftigungsangebot haben? Sie langweilen sich, kommen auf dumme Gedanken und fallen zwangsläufig durch Fehlverhalten auf. .. Werden die Kinder von Älteren oder gar von ihren Eltern zu Handlungen aufgefordert, die nach unseren Normen kriminell sind, ist kein Gegengewicht da, das ihnen andere, nämlich unsere Normen und Werte vermittelt.

4.2.2004

Bürgerproteste gegen neue Nachbarn. Auf Einladung des „Eckigen Tisches“ bringen Weidenpescher Bürger ihre Bedenken gegen ein Übergangsheim für Flüchtlinge in der Pallenbergstraße vor.

Bürgerstimmen:

„Wenn man die, die nichts haben, neben denen einquartiert, die etwas besitzen, muss das doch zu Kriminalität führen“.

„Wo Asylanten zusammen gezogen werden, steigen Versifftheit und Kriminalität. Diese Erfahrung wollen wir hier nicht machen.“

Der Kölner Norden sei schon genug belastet, die Stadt solle die Flüchtlinge in Rodenkirchen oder Marienburg unterbringen.

Alfred Becker, Vorsitzender des Bürgervereines Merkenich fordert eine dezentrale Unterbringung, eine Arbeitserlaubnis für Erwachsene und Schulpflicht für Kinder.

(taz Köln 4.2.2004)

5.02.2004

„Stadt lässt Flüchtlinge allein“.

Der Bürgerverein Merkenich hat unter den 1500 Merkenichern 600 Unterschriften gegen die Zustände im Wohnheim Causemannstraße gesammelt.

Eine Überbelegung ist nach Meinung von Michael Schleicher, Leiter der Wohnungsversorgungsbetriebe, nicht gegeben. „Die 175 Bewohner leben in 76 Zimmern“, erläuterte der Verwaltungsmitarbeiter, ausgelegt sei das Heim für 210 Menschen. Die Hälfte der zumeist aus dem Balkan stammenden Bewohner seien zudem Kinder und Jugendliche, die mit ihren Familien „zum Teil in mehreren Zimmern“ lebten. „Die Leute sind vorwiegend Flüchtlinge“, führt Schleicher aus. Deshalb seien die Wohnverhältnisse dort freilich nicht denen herkömmlicher Bürger-Familien vergleichbar.

Gerd Baltes von der Polizei-Inspektion Nordwest berichtet, dass die Polizei nicht übermäßig viele Arbeit an der Causemannstraße hat. In den vergangenen acht Monaten haben die Ordnungshüter neun Delikte aufgenommen. Das sei für ein solches Haus „nichts Besonderes“. (KStA 5.2.2002, S.42)

6.02.2004

## **Druck und Hilfe für Klaukids**

Stadt stelle ihr Handlungskonzept heute im Ministerium vor

Das Konzept. Das die Stadt mit Polizei, Staatsanwaltschaft, und Amtsgericht abgesprochen hat, sieht die Kriminalprävention in vier Stufen vor.

Stufe 1 Verhindern, dass sich kriminelle Flüchtlinge überhaupt in Köln niederlassen

Stufe 2 Strafrechtliche Verfolgung von Sorgeberechtigten, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen

Stufe 3 Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten bei über 14jährigen: Haftstrafen

Stufe 4 Jugendhilfe für strafunmündige Kinder (z.Zt. 40 Kinder)

Außerdem will Köln das erfolgreiche Frankfurter Modell „Schaworalle“ übernehmen.

(Kölnische Rundschau 6. 02.2004, S. 29)

7.02.2004

„Kein Mensch ist illegal“ ruf unter dem Motto „Solidarität statt Ausgrenzung: keine Massenunterkünfte in der Pallenbergstraße. Menschenwürdige Wohnungen für alle“ zu einer Demo am Samstag, den 7. Februar um 13 Uhr auf.

17.02.04

„Versagen der Jugendhilfe“

Helling kritisierte „ein Versagen der Jugendhilfe“, So stieg die Zahl der Taschendiebstähle durch Kinder und Jugendliche von 4900 im Jahr 1999 auf knapp 12000 im Jahr 2002. Helling: „Die gigantische Herausforderung ist nicht angefasst worden“. (Kölnische Rundschau 17.02.04)

Grüne: Ein Jugendzentrum für Klau-Kids

Was tun mit den Klau-Kids fragten die Grünen auf einer Pressekonferenz.

„Nach derzeitigem Stand gibt es in Köln unter den 2000 minderjährigen Flüchtlingen etwa 90 Kinder und Jugendliche, die man als Mehrfachtäter bezeichnen kann“, sagt Ossi Helling.

Die Gründe für das kriminelle Verhalten der Kinder seien in den Familien zu suchen.

Um die Problemfamilien zu entlasten, drängt die schwarz-grüne Koalition jetzt darauf, das „Schaworalle“-Projekt in Köln zu etablieren. (express 17.02.04, S.20)

Grüne wollen Bleiberecht für Kölner Roma

„Es gibt in der Stadt zahlreiche Familien, die seit 5 bis über 10 Jahren in Deutschland sind und immer nur kurzfristige Duldungen bekommen“, sagt Ossi Helling. Das aber sei eine enorme psychische Belastung für die Betroffenen und erschwere die Integration.

Die Bleiberechtskampagne ist Teil eines grünen Gesamtkonzepts, wie die Stadt zukünftig mit den sogenannten „Klau-Kids“ und ihren Familien umgehen sollte.

Das Konzept baut auf dem 4-Stufenkonzept der Stadt auf und ergänzt es um die Bleiberechtskampagne.

Wenn die Kinder trotz solcher Angebote weiter polizeilich auffallen, hätte die Grünen dann auch nichts gegen eine dezentrale Heimunterbringung einzuwenden, erklärte Stefan Peil.

Helling: „Jeder weiß inzwischen, dass Nicht-Integration teurer ist, als Integration“.

Peil: „wir haben einen Etat von 90 Millionen Euro für die Hilfe zur Erziehung. Davon wird doch wohl ein kleiner Teil für die Roma übrig sein“, hofft Stefan Peil. (taz Köln)

März

Der Rat der Stadt beschließt nach dem Vorbild des Frankfurter Roma-Schul-Projektes „Schaworalle“ („Hallo Kinder“) ein Schulprojekt in Köln zu realisieren. Träger wird der Rom e.V. sein. Name des Schulprojektes: „Amaro Kher“ („Unser Haus“). (Holl 2005:46)

Rathaus ratlos Nr.160/03/04

Was tun mit den „Klau-kids“?

Ossi Helling stellt das Konzept der Grünen vor

Derzeitiger Stand:

90 Kinder und Jugendliche von 2000 Flüchtlingskindern gelten als Mehrfachtäter

5 – 10 Kinder sind in Heimen ausserhalb Köln untergebracht

Bausteine eines Grünen Maßnahmepakets:

Bleiberecht und Arbeitsmöglichkeiten

Jugendhilfemaßnahmen

Schaworalle

Dezentrale Maßnahmen (6 – 10 dezentrale Maßnahmen, angebunden an Heime)

Unterbringung außerhalb der Familien

Schulische Maßnahmen Schulpflicht und Hilfe für den erfolgreichen Schulbesuch

Ordnungsrecht (Kontrolle der Einreisenden, Kontrolle der Heime, ansonsten kein Roma-Recht sondern Behandlung wie deutsche Tatverdächtige (Helling 2004:5))

16.03.04

Grüne und CDU schlagen im Jugendhilfeausschuss die Räumlichkeiten der ehemaligen Jugendeinrichtung „Sharifeh Center“ im Venloer Wall 17-19 für „Schaworalle“ vor. (Rathaus ratlos nr. 160, ¾, S.6)

24.03.2004

FDP will Härte gegegegiiiiüüü

Härte gegen „Klau-Kids“. (Podiumsdiskussion der FDP im Spanischen Bau)

Eine Diskussion mit Vertretern kirchlicher Institutionen und dem Polizeichef bringt die Kölner FDP-Ratsfraktion nicht von ihrem Kurs ab: Junge Straftäter gehören weggesperrt.

Ein Tag im Jugendheim kostet 321 Euro ein Tag im Knast 95.

Ulrich Breite: „Die meisten Kölner Klau-Kids und ihre Eltern sind illegal nach Deutschland eingereist.“ Die Liberalen seien es gewesen, die dies vor drei Jahren zu einem öffentlichen Thema gemacht haben. Vor allem aber die evangelische Kirche finanziere Institutionen, „die dafür sorgen, dass es weiter Klau-Kids gibt“.

Breite forderte eine schnelle Abschiebung und geschlossene Heime für junge Straftäter.

Breite zu Schaworalle: dort könnten Klaukids tagsüber spielen , um dann abends Omas zu überfallen.

(taz Köln 24.03.04)

27./28.3.04

Evangelische Kirche wehrt sich.

Stadtkirchenverband nennt Anschuldigungen der Kölner FDP gegen seine Arbeit „infam“ und „unsachgerecht“. Die Kirche will sich auch weiterhin für Roma-Kinder einsetzen. (taz-Köln 27./28.03.04)

31.3.04

Weidenpescher fürchten um Grabesruhe

Bürgerinitiativen und Anwohner aus den Kölner Stadtteilen Weidenpesch und Poll wollen keine Heime für Flüchtlinge und Asylbewerber in ihren Wohnvierteln. Der Beschwerdeausschuss der Stadt lehnte jetzt ihre Eingaben ab. (taz-Köln 31.03.04)

April

1.4.2004

Seit dem 1. April bezahlt die Stadt zwei Roma-Mitarbeiter des Rom e.V., die sich im Porzer Wohnheim um problematische Familien kümmern. (taz Köln 5.5.2004)

3.4.04

Hoffnung für die Kinder der Heimatlosen

Kölner Haus soll Familien Halt geben und jungen Menschen eine Perspektive eröffnen

Ulrike Walden auf der „wir helfen“- Seite des KStA vom 03./04.04.04

8.04.04

Theater Pralipe und Rom e.V. laden zum Weltroma-Tag ins Pralipetheater, Hospeltstr.49, ein.

Mai

5.5. 2004

TV-Sendung „Die Klau-kids von Köln“ von Martin Schiffler in ZDF-Reporter

Martin Schiffler war mit Zivilfahndern der Polizei unterwegs und hat eine Familie besucht, deren Kinder als „klau-kids“ auffällig wurden.

Kampf gegen Kriminalität

Diebe von Köln fern halten

Stadt und Polizei zogen eine Bilanz des gemeinsamen Vorgehens gegen ausländische Straftäter.

Die Zeiten für kriminelle Flüchtlinge werden härter. Jahrelang waren Polizei und Stadt machtlos, wenn Einbrecher nachts ein Vermögen ergaunerten jhdn tags darauf beim Sozialamt ihre staatliche Unterstützung abholten. Durch die gezielte Kooperation von Stadt, Polizei und Staatsanwaltschaft werden inzwischen jeden Monat 73.000 Euro weniger an Sozialhilfeleistungen ausgezahlt.

Im Sozialamt hat die Stadt eine sogenannte „Clearingstelle“ eingerichtet, wo die Vermögensverhältnisse von Flüchtlingsfamilien überprüft werden. „Wenn Schmuck, Handys oder Bargeldbestände bei Sozialhilfeempfängern gefunden werden, wird dies der Stadt mitgeteilt, sagt Steffenhagen. Derzeit prüft die Polizei die Halter sämtlicher Fahrzeuge, die in der Umgebung von Flüchtlingsunterkünften abgestellt sind oder von Flüchtlingen genutzt werden. Dadurch hätte bereits 76 Scheinhalterschaften von Autos aufgedeckt werden können.

Soll bei Großfamilien Zweifel an der Zugehörigkeit von Kindern bestehen, will die Polizei notfalls zum DNA-Test bitten. Zusätzlich werden Flüchtlinge abgeschoben.

Mit Unbehagen blickt Fritz Schramm jedoch in die Niederlande, denn dort sollen in den kommenden drei Jahren nach Angaben des Oberbürgermeisters 26.000 illegal eingereiste Flüchtlinge abgeschoben werden. „Bereits jetzt werden in Köln Kindergruppen aus den Niederlanden aufgegriffen, die hier Straftaten begehen“, sagte Schramma.

Jeder Flüchtling kostet die Stadt im Monat 500 Euro, im Monat sind das 1,75 Mio Euro für alle in Köln untergebrachten Flüchtlinge.

In der Ausländerbehörde wurden u.a. zur Überprüfung des Sozialhilfeanspruchs 17 neue Stellen eingerichtet, zehn seien bereits besetzt.

Gegen die Eltern krimineller Kinder seien inzwischen 44 Verfahren wegen Verletzung der Aufsichtspflicht eingeleitet worden.

(KStA 5.5.04

6.5.2004

Flüchtlinge in der Behördenfalle.

Schrammas „Sicherheitsoffensive“ gegen Roma wird von Flüchtlingsrat, Rom e.V. und Kölner Appell scharf kritisiert. Statt Kriminalitätsursachen zu bekämpfen schickanieren die Stadt eine ganze Gruppe.

„Es ist fatal, wenn die Stadt Menschen durch Entzug der Sozialhilfe in die Kriminalität treibt.“ (Jünschke) (taz-Köln 6.5.2004)

Zahl der Klaukids rückläufig

Die Zahl der Klaukids, die durch Taschendiebstähle und Wohnungseinbrüche auffielen, ist seit November, nachdem ein 13-jähriger wegen über 100 Diebstählen in eine Heim gebracht worden war, von 40 auf 10 gesunken. Jedoch sind gleichzeitig mehr Straftäter im jugendlichen Alter, also zwischen 14 und 18 Jahren aktiv. Polizeipräsident Klaus Steffenhagen bleibt deshalb vorsichtig: „Es ist noch zu früh, um eine Bewertung vorzunehmen.“

Verzögerten sich in der Vergangenheit viele Abschiebungen, weil gültige Pässe fehlten, sorgt eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe nun dafür, dass Ersatzpapiere schneller zur Verfügung stehen.

Ein Erkennungsdienst der Polizei in der Anlauf- und Beratungsstelle für Flüchtlinge an der Vorgebirgsstraße führte außerdem dazu, dass der Datenabgleich mit dem Bundeskriminalamt von bisher etwa vier Wochen auf wenige Stunden verkürzt werden konnte. Bei Verdacht der illegalen Einreise wird nun unmittelbar ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Darüber hinaus verstärkt die Stadt ihre Ausländerabteilung von 70 auf 80 Mitarbeiter, weitere sieben Stellen sollen noch besetzt werden.

(Kölnische Rundschau, 06.05.2004)

26.5. 2004

Presseerklärung von Kurt Holl zur Razzia des Ausländeramtes Köln, bei der mehrere Hundert Polizeibeamte in den frühen Morgenstunden 16 Sammelunterkünfte von Flüchtlingen umstellte.

Juni

15.6.2004

Der Verwaltungsvorlage für „Amaro Kher“ wird im Jugendhilfeausschuss zugestimmt. Der Rom e.V. erhält für die Arbeit im ehemaligen „Sharifeh“-Center einen Betriebskostenzuschuss von 116.500 Euro. (Rathaus ratlos Nr. 162, 06/04, S. 6)

17. 6. 2004

Der Kölner Runde Tisch für Flüchtlingsfragen legt sein „Konzept einer Neuausrichtung der Kölner Flüchtlingspolitik“ vor

24.6.2004

Rat entscheidet über „Amaro Kher“.

(Rathaus Ratlos Nr.162, 06/04, S.6f.)

25. 6.2004

Die Landesregierung wurde mit dem Kölner Modell bekannt gemacht, das am 1.Juli beginnt.

Insgesamt 3.500 geflüchtete Roma-Angehörige, darunter 1700 Kinder und Jugendliche, leben derzeit mit einem Duldungsstatus in Köln; viele von ihnen seit mehr als zehn Jahren. „Nur eine Spitze, etwa zehn Prozent dieses Personenkreises, ist auffällig, so Völlmecke.

In sechs der dreißig Wohnheime mit Roma-Familien – „die mit der schwierigsten Klientel“, so Völlmecke – richten das Amt für Diakonie, das Quäker Nachbarschaftsheim, das Diakoniewerk Michaelshoven, der Sozialdienst Katholischer Männer, der Verein Kindernöte und der Rom e.v. Betreuungs- und Schulangebote ein.

Sollten junge Roma weiterhin straffällig werden, so stehen der Stadt auch geschlossene Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Völlmecke: „Wir gehen in jede Familie mit auffälligen Kindern und erklären, wenn sie ihre Kinder nicht erkennbar von Diebstählen abhalten können und sie nicht in die Betreuungsmaßnahmen schicken, dann wird ihnen die Stadt tatsächlich das Sorgerecht entziehen.“ KStA 26./27. 6. 2004)

Juli

Im Heft Nr. 163, 07/04 von „rathaus ratlos“ zieht Ossi Helling eine Bilanz von „Ein Jahr neue Flüchtlingspolitik in Köln“. Darin heißt es:

So wurde in einer Analyse der Zugangszahlen der seit 1998 in Köln untergebrachten Personen im Vergleich der jeweils genutzten Unterbringungseinrichtungen, z.B. in Zelten, Containerdorf und Wohnschiff, festgestellt, dass keine seriöse Aussage über ein evtl. damit in Verbindung stehendes „Zuzugsverhalten“ dieses Personenkreises getroffen werden kann. Der Zuzug wird offenbar durch Faktoren, die nicht im städtischen Einfluss liegen, beeinflusst.

Eine weiter zentrale Aussage besteht darin, dass die Bereitstellung von individuell angemessenem und richtigem Wohnraum zum Abbau von Konflikten führt. Zusätzlich ist festzustellen, dass „abgeschlossene Wohneinheiten“ wesentlich kostengünstiger als Wohnheime mit Gemeinschaftseinrichtungen sind. Von April 2003 bis März 2004 konnten bereits 48 Parteien mit 178 Personen aus Heimen in Wohnungen umziehen. Weitere 250 Familien sind in der Planung.

Das schlechteste Objekt überhaupt, die Baracken am Poller Holzweg, wurden zur Hälfte kurzfristig ersetzt, für die beiden anderen steht die Neuschaffung bevor. Das problematische Heim in der Porzer Salmstraße wird abgerissen und mit Hilfe eines Investors werden dort Sozialwohnungen geschaffen.

Seit Juli 2004 verwirklicht der Rom e.V. die Vorläufereinrichtung für ein zentraler Kinder- und Jugendprojekt für Roma, das hauptsächlich von den Roma selber getragen wird. Dies ergänzt die inzwischen abgesicherte Arbeit der zahlreichen dezentralen Jugendhilfeangebote im Kontext von ca. 10 Heimen.

Es wurde eine Ratsresolution verabschiedet, die das Land NRW auffordert, endlich die Schulpflicht für Flüchtlingskinder einzuführen.

Der städtische Jugendberatungsdienst wurde angewiesen, mit aller Kraft die Schulumöglichkeiten für Flüchtlingskinder hinzuweisen und diese zu realisieren.

Es wurde ein spezielles Angebot „betreutes Wohnen“ ausschließlich für traumatisierte und bedrohte Flüchtlingsfrauen geschaffen.

10.7.2004

Kundgebung und Mahnmache von „kein mensch ist illegal“ und vielen Kölner Initiativen vor der Flüchtlingsunterkunft Vorgebirgsstraße.

17.7.2004

In einem Bericht über die Pressekonferenz der Grünen zur Flüchtlingspolitik ist in der Kölnischen Rundschau zu lesen:

„In 56 Wohnobjekten leben derzeit 5945 Personen, davon 442 Asylsuchende, 1600 Aussiedler, 547 mit langfristigem Aufenthalt und 3325 mit unregelmäßigem Aufenthalt. Die Grünen setzen auf ein dreistufiges Unterbringungskonzept mit Erstaufnahme (3 Monate), bis zu dreijähriger Integrationsphase in Wohnheimen (am besten mit abgeschlossenen Einheiten), dann in normalen Wohnungen. (KR 17.07.2004)

17. 7. 2004

Demonstration von kein-mensch-ist-illegal mit vielen Roma vom Rathaus zum Schauspielhaus

19.7.2004

Taz Köln: „Vorrang für Integration von Flüchtlingen. Die Zeiten, in denen Flüchtlinge jahrelang in Übergangwohnheimen

20.7.2004

Rat der Stadt Köln befasst sich mit den Ergebnissen des am 17.6.2003 gegründeten Runden Tisches für Flüchtlingsfragen.

August

Die Sozialdezernenten Frau Bredehorst spricht mit Roma über den Sozialhilfeentzug für Familien (weil sie ein Auto hätte oder ein handy) und weil sie ohne Krankenschein sind. Sie will dafür sorgen, dass jede Familie umgehend wieder einen Krankenschein erhält und die 22 Fälle von Sozialhilfeentzug sollen geprüft werden. (Kieser 2004) (taz Köln 9.8.04)

September 2004

15.9.2004

Die erste Chance ihres Lebens. Roma-Kinder haben eine Schule – Für manche ist sie die letzte Hoffnung. Das Kinderhaus „Amoro Kher“ hat in einer Baracke den Schul-Unterricht aufgenommen. Das bitter nötige Projekt wird von „wir helfen“ gefördert. (KStA 15.9.2004S.19)

19.9.2004

Der WDR zeichnet die Roma-Schule des Vereins Kindernöte e.V. im Flüchtlingsheim von Köln-Merkenich mit dem Kinderrechtpreis des WDR aus. Er ist mit 3.000 Euro dotiert.vom 04.07

26.9.2004

Wahl zum Stadtrat

„Pro Köln“ bekommt um die Poller Flüchtlingsheime herum 12,79 % der Stimmen.

Stadtweit erhält pro Köln 4,7% der Stimmen (KStA 28.9.2004, S. 29)

Oktober

1.10.2004

Sichtbarer Lerneifer im Roma-Kinderhaus.

Beeindruckt vom Roma-Kinderhaus „Amoro Kher“ ist Hedwig Neven Du-Mont, Vorsitzende von „wir helfen“.

Sie besuchte mit Günter Wallraff das Kinderhaus. Wallraff empfindet die pauschale Diskriminierung der

Roma als unerträglich. „Jeder dritte ehemalige Gastarbeiter war Roma. Und die meisten sind längst vollkommen integriert.“ (KStA 1.10.2004)

2.10.2004

Jetzt machen Ältere lange Finger

Nur noch zehn stehlende Kinder beschäftigen die Polizei

Zählte die Polizei im Frühjahr noch etwa 100 Klaukinder, so ist diese Zahl deutlich gesunken. „Heute sind es nur noch knapp zehn Kinder, die uns beschäftigen. Es hat offensichtlich Wirkung gezeigt, dass die Stadt einen der Intensivtäter seinerzeit in einem geschlossenen Heim in Brandenburg untergebracht hatte“, erläuterte der Behördensprecher.

„Die Leute haben ihre Taktik geändert.“ Neumarkt und Hauptbahnhof treten als Brennpunkte in den Hintergrund. „Die Täter haben sich mittlerweile über das ganze Stadtgebiet verteilt“, erläuterte Beus.

(KStA 2.10.2004)

16.10.2004

Toyota spendierte Roma-Kindern einen Schulbus (KStA 16./17.10.04)

November

20.11.2004

Sie hat Angst, dass die Kraft sie verlässt

Wir stellen junge Menschen vor, die zugewandert sind . und bitten um Spenden, damit ihre Integration gelingt.

Ulrike Walden stellt auf der „wir helfen“-Seite Merisha vor, eine junge Ashkali

29./30. 11. 2004

„Die Situation der Roma und Sinti nach der EU-Osterweiterung“

Forum Migration der Otto Benecke Stiftung in Köln

Die neuen Mitglieder der EU mit ihren Roma- Minderheiten sind mit Problemen konfrontiert, die sie aus eigener Kraft nicht lösen können.

Dezember

8.12.2004

Sunita hat jetzt Freude am Lernen

Finkenbergschule bemüht sich intensiv um Migrantenkinder

Sunita ist eines der 52 Roma-Kinder in der Finkenbergschule. Dort lernen Kinder nach vielen Misserfolgend, sich wieder etwas zuzutrauen. (KStA, 8.12.2004, S.15)

22.12.2004

„Einfach nur normal leben“. Tansprojekt für Roma-Kinder

Ein besseres Selbstwertgefühl will Tihomir Durovic den Kindern vermitteln, wenn er nachmittags bis zu 40 Pänz zusammentrommelt. Selbst aus Ex-Jugoslawien stammend, betreut er seit mehr als zwölf Jahren Kinder aus Flüchtlingsfamilien in Übergangsheimen, um ihnen Mut für die Zukunft zu machen. Im Auftrag des Porzer Jugendamtes wollte er in Poll eigentlich nur eine acht bis zehn Kinder starke Nachmittagsgruppe aufbauen, wurde aber von der Nachfrage geradezu überrollt. (KStA 22.12.2004)

24.12.2004

Kinder in Not haben nun einen Funken Hoffnung.

Weihnachtsfeier im Roma-Kinderhaus – Immer mehr Leser engagieren sich mit eigenen Aktionen.

Die Schule „Amaro Kher“ gibt jungen Roma oft die allererste Chance ihres Lebens.

(KStA 24./25.12.2004, S. 40)

## 2005

Januar

5.1.2005

Massive Polizeipräsenz während der Aktion „Wintercheck“ zeigt Wirkung

Die Diebe meiden Köln

Eine Karawane von Taschendieben erobert von Köln aus das Ruhrgebiet – mit dem Mini-Gruppen-Ticket der Bahn.

Beispiel Oberhausen: Hier hat die Polizei bereits 28 junge Taschendiebe aus Köln aufgegriffen, die den dortigen Ermittlern ordentlich die Kriminalstatistik verdorben haben.

Ein besonderer Augenmerk der Beamten gilt „Schrecko“. Der Junge ist zehn Jahre alt, stammt aus dem ehemaligen Jugoslawien und lebt mit seiner Familie in Köln in einem Wohnwagen. Fünfmal ist er in Oberhausen gefasst worden. „Er hat uns ganz freimütig erzählt, dass er an einem guten Tag bis 1800 Euro macht“, sagt Weighardt. „Machen“ bedeutet nichts anderes als stehlen.

Kommentar von Thorsten Moeck:

Mehr als eine Verdrängung der so genannten Klaukids ist, so belegt die erste Zwischenbilanz, derzeit jedoch nicht möglich. Eine Lösung wäre die Einführung der Schulpflicht für jene Kinder, die mit ihren Familien Duldungsstatus genießen. Hier ist allerdings die Politik gefordert. Ansonsten rudert die Polizei weiter im Kreis.

6.1.2005

Angebote für Zuwanderer

Perspektive für Geduldete?

„Ich würde mir wünschen, dass die Kommunalpolitik zu einem roten Faden kommt“.

Der fehlt noch im Umgang mit den unerlaubt Eingereisten. Krücker (vom Kölner Caritas-Verband) hofft, dass die Instrumente des Zuwanderergesetzes dazu genutzt werden, denen, die schon viele Jahre in Köln geduldet werden eine echte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu geben. Während er möchte, dass eine generelle Regel für die wohl über 2000 Betroffenen gefunden wird, setzt Dahmen auf die Einzelfallprüfung, bei der die städtischen Mitarbeiter nun einen größeren Ermessensspielraum haben. Wenn Eltern ihre Kinder in die Schule schicken und keine Straftaten vorliegen, habe manb auch im letzten Jahr schon ohne das neue Gesetz in Einzelfällen Arbeitserlaubnisse und Aufenthaltsbefugnisse erteilt.

(Kölnische Rundschau, 6.1.2005, S. 34

März

29.3.2005

Kinder kicken um den Ostercup

Bei dem Turnier, das jetzt zum fünften Mal stattfand, traten in der Sporthalle der Gesamtschule Holweide Pänz aus acht Tageseinrichtungen der Diakonie in sozialen Brennpunkten gegeneinander an.

Beim Finale zwischen der Kita Neue Kempener Strape und der „Roma-Gruppe“ aus der Kita Kulmbacher Straße aus Höhenberg wurde es spannend:...Die Gruppe ist Teil eines kölnweiten Projekte zur Integration von Roma-Kindern. (KStA 29.3.05, s. 38)

April

8.4.2005

Auf der Suche nach festen Wurzeln

Kinder der Roma-Schule zeigen ihre Sehnsucht in Liedern und Tänzen

Ein Fest zum Welttag der Romna feiert die Jungen und Mädchen im Kinderhaus Amaro Kher

(KStA 9./10.4.2005

Mai

30. Mai – 7. Juni 2005

Woche des Romafilms im filmhaus Köln

Juli

8.7.2005

Presseeinladung des Rom e.V. ins Kalk Karree, Ottmar-Pohl-Platz

Zwei Kinder aus der Gemeinschaftsgrundschule Dellbrücker Hauptstraße sind mit ihren Eltern abgeschoben worden.

Ihre Mitschülerinnen wollen von Frau Dahmen wissen warum und wo sie geblieben sind.

August

Am 10.8.2005 stellen Polizeipräsident Klaus Steffenhagen, der Präsident des Bundespolizeipräsidiums West Matthias Seeger und der Leitenden Polizeidirektor Joachim Moritz von der Bundespolizei die gemeinsame Ermittlungsgruppe „GPT“ gegen Taschendiebstähle vor. (GPT steht für „Gemeinsame Projektgruppe gegen Taschen- und Trickdiebstahl“) Sie wird zunächst bis zum Jahresende 2006 eingerichtet und soll sich gegen die Taschendiebstähle in den Bahnhöfen richten. Ein Fünftel aller Taschendiebstähle geschehen in den Kölner Bahnhöfen. (Presseerklärung der Kölner Polizei in [www.polizei-nrw.de/koeln...](http://www.polizei-nrw.de/koeln...))

### **c) Literatur**

Aly, Götz u.a. (Hrsg.) (1988): Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 6, Berlin

AriC Berlin e.V. (Hrsg.) (2002): Roma und Sinti. Stoffsammlung von “Antiziganismus” bis “Zigeunermärchen”. VIA-Magzin Ausgabe 2-IX-02. Duisburg

Arnold, Herrmann (1965): Die Zigeuner. Herkunft und Leben der Stämme im deutschen Sprachgebiet. Freiburg/Br.

Berbüsse, Volker (1992): Das Bild „der Zigeuner“ in deutschsprachigen kriminologischen Lehrbüchern seit 1949. Eine erste Bestandsaufnahme. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 1, Frankfurt./M, S. 117 - 151

Bingemer, K. / Meistermann-Seeger, E. / Neubert, E. (1970): Leben als Gastarbeiter. Geglückte und missglückte Integration. Köln, Opladen

Buhlan, Harald / Schubert, Ingolf / Volmer, Walter (2003): Indizienbeweise für NS-Verbrechen aus Kölner ED-Kartein. In: Kriminalistik, 8-9/03, S. 533 - 546

Bundeskriminalamt (2004): Polizeiliche Kriminalstatistik 2003. Wiesbaden

Bundesministerium des Innern / Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin

Dörmann, Uwe (1989): In aller Ruhe betrachtet. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 1988. In: Kriminalistik 6/89, S. 322 – 328

Eiben, H. (Hrsg.) (1908): Cölner Polizei-Handbuch für Beamte und Privatpersonen. Sammlung von Gesetzen, Verordnungen, Ausführungs-Anweisungen und Erkenntnissen der Höchsten Gerichte unter besonderer Berücksichtigung der für den Stadtkreis Köln gültigen Vorschriften der Königlichen und Städtischen Polizei-Verwaltung. Köln

Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales (2004): Die Situation der Roma in der erweiterten europäischen Union. Brüssel

Feuerhelm, Wolfgang (2005): Ethnische Diskriminierung durch die Polizei. In: Kalkuhl,

Christina / Solms, Wilhelm (Hrsg.): Antiziganismus heute. Band 2 der Beiträge zur Antiziganismusforschung, Seeheim, S. 29 - 45

Fings, Karola / Sparing, Frank (1991) Das Zigeunerlager in Köln-Bickendorf 1935 – 1958. In: 1999, Heft 3/91, S. 11 - 40

Fings, Karola / Sparing, Frank (1992): „z. Zt. Zigeunerlager“. Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Köln

Fings, Karola / Sparing, Frank (1993): „Regelung der Zigeunerfrage“. In: Konkret 11/93, S. 26 -29

Fings, Karola / Sparing, Frank (1994): Nazi-Akten im Sonderschrank. Hosse und die Zigeuner. In: StadtRevue 2/94, S. 50 - 52

Fings, Karola / Sparing, Frank (1995): Vertuscht, verleugnet, versteckt. Akten zur NS-Verfolgung von Sinti und Roma. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 12/1995, S. 181 - 201

Freese, Christoph / Murko, Matthias / Wurzbacher, Gerhard (1980): Hilfen für Zigeuner und Landfahrer. Vorschläge zur Zielsetzung, Planung und Durchführung sozialer Hilfen für Zigeuner und Landfahrer unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten des § 72 Bundessozialhilfegesetz. Stuttgart

Gesellschaft für bedrohte Völker (2002): Sinti und Roma – ein Minderheit in Deutschland. Unterrichtseinheit für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse. Göttingen

Gronemeyer, Reimer (Hrsg.) (1983): Zigeuner in der Sozialpolitik heutiger Leistungsgesellschaften. Giessen

Gronemeyer, Reimer / Rakelmann, Georgia A. (1988): Die Zigeuner. Reisende in Europa. Köln

Hancock, Ian (1987): The Pariah Syndrome: An account of Gypsy slavery and persecution. Ann Arbor, Michigan. In: [www.geocities.com/Paris/5121/pariah-ch8.htm](http://www.geocities.com/Paris/5121/pariah-ch8.htm) vom 4.6.2005

Handschuck, Sabine (2002): Sinti und Roma. In: Landeshauptstadt München (Hrsg.): Fachtagung „Ressource Familie“ am 22. und 29.10.2001. Dokumentation. München, S. 59 – 61

Hansen, Georg (1986): Diskriminiert. Über den Umgang der Schule mit Minderheiten. Weinheim

Hardt, Wolfgang (1998): Integration unwahrscheinlich. Forscher untersucht die Lebensbedingungen in Kölner Flüchtlingsheimen. In: Kölner Universitäts-Journal, 2-1998, S.50 - 51

Heinz, Marco (1994): Der Mythos vom Wandertrieb. Beiträge zur Erforschung südosteuropäischer Roma in der Bundesrepublik Deutschland (Teil 1). In: Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde, 39 Jg., 1994, S.187 - 207

Heinz, Marco (1997): Anpassung trotz Ausgrenzung – Serbische Roman in der Diaspora. In: Schriftenreihe der Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Heft 3, S. 51 -59

Helling, Ossi (2004): Was tun mit den „Klaukids“? In: Rathaus ratlos Nr. 160, 03/2004, S.5)

Helling, Ossi (2004a): Ein Jahr neue Flüchtlingspolitik in Köln. In: Rathaus ratlos Nr. 163, 07/04, S. 4)

Hirt, Kathleen (2003): Kinderdelinquenz. Ist die Gesellschaft schutzlos? In: Kriminalistik 10/03, S.570 – 578

Holl, Kurt (1994): Roma – das illegale Volk. In: (Jekh Chib Nr. 2, März 1994, S. 4 - 9)

Holl, Kurt (2000): „Antiziganismus findet sich rechts und links“. Interview mit jungle-world, Heft 35/2000, o.S.

Holl, Kurt (2003): Antiziganismus in der Kommunalpolitik am Beispiel der Stadt Köln. Unveröffentlichtes Manuskript, 8 Seiten, Köln

Holl, Kurt (2004): Presseerklärung vom 26.05.2004

Holl, Kurt (2005): Antiziganismus in der Kommunalpolitik. Am Beispiel der Stadt Köln. In: Kalkuhl, Christina / Solms, Wilhelm (Hrsg.): Antiziganismus heute. Band 2 der Beiträge zur Antiziganismusforschung, Seeheim, S. 46 - 57

Holler, Martin (2002): Rezension zu: Till Bastian: Sinti und Roma im Dritten Reich. München 2001. In: vom 24.02.2005

Holler, Martin (2003): Rezension zu: Barbara Rieger: Roma und Sinti in Österreich. Frankfurt/M., In: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen> vom 24.02.2005

Holler, Martin (2003a): Rezension zu: Marion Bonillo: „Zigeunerpolitik“ im Deutschen Kaiserreich 1871

– 1918. Frankfurt/M. 2001. In.: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-1-160> vom 24.02.2005

Holler, Martin (2003b): Rezension zu: Gilad Margalit: Die Nachkriegsdeutschen und „ihre Zigeuner“. Die Behandlung der Sinti und Roma im Schatten von Auschwitz. Berlin 2002. In: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen> vom 20.02.2005

Holler, Martin (2004): Rezension zu: Angelika Albrecht: Zigeuner in Altbayern 1871 – 1914. Eine sozial-, wirtschafts- und verwaltungsgeschichtliche Untersuchung der bayrischen Zigeunerpolitik. In: <http://hsozkult.geschichte-hu-berlin.de/rezensionen> vom 24.02.2005

Hundsatz, Andreas (1978): Stand der Forschung über Zigeuner und Landfahrer. Eine Literaturanalyse unter vorwiegend sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten. Stuttgart

Hundsatz, Andreas (1982): Soziale Situation der Sinti in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart

Jungfer, Eberhard (1993): Flüchtlingsbewegungen und Rassismus. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 11, S. 9 - 47

Jütte, Robert (1987): Nepper, Schlepper und Bauernfänger im frühneuzeitlichen Köln. In: Rheinische Vierteljahresblätter, Nr. 51, S.250-274

Kawczynski, Rudko (1994): War wir brauchen, sind keine Keller zum Verstecken...Interview mit Kurt Holl. In: Jekh Chib, Jg. 1, Heft 2, März 1994, S. 44 - 49

Kawczynski, Rudko (2005): Ausgrenzende Integration. Die Dekade erklärt die Roma zum Problem. In: jungle world, 2. Februar 2005, S. 5

Kieser, Albrecht (2004): Stadt verspricht Flüchtlingen Essensgutscheine. In: taz-Köln vom 09.08.2004

Klein, Jens (2004): Zehn Zentiliter Vergessen. Eine Roma-Siedlung in Litauen. In: Freitag, Heft 10, 27.02.2004, o.S.

Körper, Ursula (1988): Die Wiedergutmachung und die „Zigeuner“. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 6, Berlin, S. 165 - 175

Kubink, Michael (1993): Verständnis und Bedeutung von Ausländerkriminalität. Eine Analyse der Konstitution sozialer Probleme. Pfaffenweiler

Lücke, Robert (2002): Schiff als Unterkunft für Flüchtlinge umstritten. Roma sollen auf schwimmenden Container am Niehler Hafen wohnen / CDU fordert gerechtere Verteilung. In: Süddeutsche Zeitung, 30.11.2002, S.52

Mihok, Brigitte (2001): Zurück nach Nirgendwo. Bosnische Roma-Flüchtlinge in Berlin. Berlin

Müller-Münch, Ingrid (1989): Die Bretterbuden an der Autobahn. Kölner Bürger betreuen als „Paten“ ausländische Roma, die heimatlos durch Europa irren. In: Frankfurter Rundschau, 11. März 1989

Ogrodowski, Jürgen / Hausin, Ralf / Brunke, Peter (2003): Bekämpfung des Taschendiebstahls in Köln – sicher nicht nur ein kölnspezifisches Problem. In: der kriminalist, 2/03, S.

Polizeipräsidium Köln (1999): Jugendkriminalität. Köln

Polizeipräsidium Köln (2004): Jugendkriminalität. Köln

Rakelmann, Georgia A. (1983): Zigeunerpolitik als Medienereignis. Sozialpolitik mit Zigeunern in der Bundesrepublik. In: Gronemeyer, Reimer (Hrsg.): Zigeuner in der Sozialpolitik heutiger Leistungsgesellschaften. Giessen, S. 349 - 465

Reemtsma, Katrin (1996): Sinti und Roma. Geschichte, Kultur und Gegenwart. München

Rom e.V. (Hrsg.) (1995): „Wir hatten gehofft, dass es in Deutschland keinen Rassismus mehr gibt...“ Dokumentation zur Polizei-Razzia gegen Roma-Frauen am 13.04.95 in Köln. Köln

Rom e.V. (1995a): „Wie vor 60 Jahren... 150 Polizisten umstellen Romawohnheim und verschleppen Romafrauen zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung. Presseerklärung. In:

Jekh Chip Nr. 4, Mai 1995, S. 1 + 2

Rose, Romani (2004): „Nicht kampfflos in die Gaskammer gehen“. Der Aufstand der Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau am 16. Mai 1944 und seine Vorgeschichte. In: Frankfurter Rundschau vom 17.05.2004 o.S.

Salzmann, Arno (1998): Nur Taschendiebstahl? Netzwerkstruktur rumänischer Taschendiebstahlsbanden – dargestellt anhand eines Erfahrungsberichtes der Ermittlungsgruppe „Rum“ beim PP Köln. In: der kriminalist, 7-8/98, S. 294 -298

Seibert, Wolfgang (1984): Nach Auschwitz wird alles besser. Die Roma und Sinti in Deutschland. Hamburg

Sparing, Frank (2000): Die Dienststelle für Zigeunerfragen bei der Kriminalpolizeileitstelle Köln. In: Harald Buhlan und Werner Jung (Hrsg.): Wessen Freund und wessen Helfer. Die Kölner Polizei im Nationalsozialismus. Köln, S. 519 - 574

Stankowski, Martin (1989): Köln. Der andere Stadtführer. 2 Bde. Köln

Stankowski, Martin (2003): Köln. Der andere Stadtführer. Köln

Strasser, Peter (1984) Verbrechermenschen. Zur kriminalwissenschaftlichen Erzeugung des Bösen. Frankfurt/M.

Stüllenberg, Klaus (1987): Wenn Kinder zu Serientätern werden. Polizeiliche Aktivitäten und Reaktionen der Jugendbehörde in Köln. In: Kriminalistik, Heft 11/87, S. 626-627

Ternon, Yves (1996): Der verbrecherische Staat. Hamburg

Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hrsg.) (2000): Roma, Sinti und Jenische. Schweizerische Zigeunerpolitik zur Zeit des Nationalsozialismus. Beiheft zum Bericht: Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus. Verfasst von Thomas Huonker und Regula Ludi, unter Mitarbeit von Bernhard Schär, Bern

Waringo, Karin (2004): Time of the Gypsies. Die britische Presse startete in der vergangenen Woche eine Hetzkampagne gegen Roma. In: jungle-world, 8. 02.2004, o.S..

Wehner, Bernd (1989): Vom Unrechtsstaat ins Desaster. Die Rolle der Kriminalpolizei im Dritten Reich / Teil VII: Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und das „Zigeunerproblem“. In: Kriminalistik, 12/89, S. 697 – 704

Widmann, Peter (2001): An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik. Berlin

Winkin, Angelika (2004): Schulpflicht für alle. Auch „Klaukids“ haben ein Recht auf Bildung. In: rathaus ratlos Nr. 159, 02/2004, S. 3)

Winter, Mathias (1988): Kontinuitäten in der deutschen Zigeunerforschung und Zigeunerpolitik. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 6, Berlin, S. 135 - 152

Wippermann, Wolfgang (2005): Europäische Komplizenschaft. 500 Jahre Diskriminierung und Verfolgung der Sinti und Roma in Europa. In: jungle world, 2. Februar 2005, S. 4

Zimmermann, Andreas (1999): „Klaukinder“ aus Osteuropa werden zum Problem. In: Der Kriminalist, 4/99, S. 157

Zimmermann, Michael (2001): Rezension zu Guenter Lewy (2001): „Rückkehr nicht erwünscht“. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich. Berlin. In: [www.fritz-bauer-institut.de/rezensionen/nl21/Zimmermann.htm](http://www.fritz-bauer-institut.de/rezensionen/nl21/Zimmermann.htm) vom 21.05.2005

Xenakis, Aleksandros (2005): Roma à la carte. In: jungle world, 2 Februar 2005, S. 5

#### **d) Archivalien**

Das Kölner Datenaustausch Modell. Die rassistische Sondererfassung der Roma durch die „Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten“ der Stadt Köln. Eine 240seitige Dokumentation, zusammengestellt von den Kölner Roma-Initiativen. Köln 1990. Standort: Archiv des Rom e.V.

#### **e) Internet-Quellen**

<http://errc.org> (European Roma Rights Center)

<http://www.antiziganismus.de>

<http://www.bka.de>

<http://www.kath-zigeunerseelsorge.de>

<http://mitglied.lycos.de/rbenninghaus> (Rüdiger Benninghaus)

<http://www.romanes.net>

<http://www.romanews.com>

<http://www.romnews.de>

<http://www.romev.de>

<http://www.stolpersteine.com>

<http://www.taschendiebstahl.com>

Köln, 7.11.2005

Im kommenden Frühjahr wird die Chronologie erweitert. Verbesserungsvorschläge werden gerne angenommen. Bitte an [mkl](http://www.mkl.de) senden. ([www.mkl.de](http://www.mkl.de))